



## 80. Sitzung

am Dienstag, dem 19. Juli 2016, 14.00 Uhr,  
in München

Geschäftliches..... 6815

**Erklärung** zum Angriff in **Würzburg**,  
zum Anschlag in **Nizza** und zur Entwicklung  
in der **Türkei** ..... 6815

**Geburtstagswünsche** für  
den Abgeordneten **Ernst Weidenbusch** ..... 6815

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO** auf  
Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-  
NEN

**"Riedberger Horn: Die Schönheit Bayerns be-  
wahren. Für einen glaubwürdigen Alpenschutz  
entscheiden."**

Thomas Gehring (GRÜNE)..... 6815 6818  
Eberhard Rotter (CSU)..... 6818  
Florian von Brunn (SPD)..... 6820  
Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER)..... 6822 6823  
Eric Beißwenger (CSU)..... 6823  
Klaus Holetschek (CSU)..... 6824  
Staatsminister Dr. Markus Söder..... 6825

### **Antrag** der Abgeordneten

Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Gudrun  
Brendel-Fischer u. a. und Fraktion (CSU),  
Markus Rinderspacher, Arif Tasdelen, Angelika  
Weikert u. a. und Fraktion (SPD),  
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima)  
Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE  
WÄHLER),  
Ludwig Hartmann, Margarete Bause, Thomas  
Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

### **Einsetzung einer Enquete-Kommission im Bayerischen Landtag "Integration in Bayern aktiv gestalten und Richtung geben"**

(Drs. 17/12431)

und

### **Festlegung**

### **der Mitgliederzahl, Besetzung und Vorsitz der Enquete-Kommission**

Beschlussempfehlung des  
Verfassungsausschusses (Drs. 17/12567)

Josef Zellmeier (CSU)..... 6827  
Arif Tasdelen (SPD)..... 6828  
Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER)..... 6829  
Margarete Bause (GRÜNE)..... 6830  
Markus Blume (CSU)..... 6831  
Florian Streibl (FREIE WÄHLER)..... 6832  
Staatsministerin Emilia Müller..... 6833

Einsetzungsbeschluss..... 6834

Beschluss zu Mitgliederzahl und  
Zusammensetzung..... 6834

Bestellung des Vorsitzenden und  
seines Stellvertreters..... 6834

**Gesetzentwurf** der Staatsregierung  
**zur Änderung des Bayerischen Immissions-**  
**schutzgesetzes (Drs. 17/11092)**

- Zweite Lesung -

hierzu:

**Änderungsantrag** der Abgeordneten Dr. Otto  
Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer, Volker  
Bauer u. a. (CSU)

(Drs. 17/11572)

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses  
(Drs. 17/12561)

Beschluss  
zum Regierungsentwurf 17/11092..... 6835

Schlussabstimmung..... 6835

Erledigung  
des Änderungsantrags 17/11572..... 6835

**Benennung**  
**eines Mitglieds für den Kongress der Gemein-**  
**den und Regionen Europas beim Europarat**  
**(KGRE)**

Beschluss..... 6835

**Abstimmung**  
**über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge,**  
**die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung**  
**nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Beschluss..... 6835

Schluss der Sitzung..... 6835

(Beginn: 14.06 Uhr)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 80. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde wie immer erteilt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte aus Anlass der schrecklichen Ereignisse der letzten Tage eine Erklärung abgeben. Gestern Abend wurden bei einem bewaffneten Angriff bei Würzburg mehrere Menschen zum Teil schwer verletzt, einige schweben in Lebensgefahr. Der Täter attackierte Reisende in einem Regionalzug sowie bei seiner Flucht eine weitere Frau. Die genauen Hintergründe der Tat sind derzeit noch unklar; die Ermittlungen der Behörden laufen auf Hochtouren. Wir sind entsetzt über diese schreckliche Gewalttat. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage Ihnen ganz offen: Bisher war Derartiges für mich weit entfernt, und jetzt ist es plötzlich ganz nah geworden.

Unser Dank gilt den Einsatzkräften, die rasch und entschlossen zu Hilfe gekommen sind und Schlimmeres verhindert haben. Den Verletzten wünschen wir an dieser Stelle von Herzen alles, alles Gute, vor allen Dingen den Schwerstverletzten, die noch um ihr Leben kämpfen. Wir hoffen und wünschen mit ihren Angehörigen und ihren Lieben, dass sie es packen und überstehen. Wir wissen, dass alle ärztliche und pflegerische Kunst in diesen Stunden im Einsatz ist. Gottes Segen soll uns dabei begleiten.

Auch die weltpolitischen Ereignisse der vergangenen Tage haben uns alle sehr erschüttert. Die Entwicklungen in der Türkei sind Anlass zu großer Sorge, und natürlich stehen wir noch unter dem Eindruck der entsetzlichen Bilder des Anschlags von Nizza, bei dem erneut so viele unschuldige Menschen in den Tod gerissen wurden. Unsere Gedanken sind bei den Opfern, den vielen Toten und Verletzten und ihren Angehörigen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, unsere klare Botschaft lautet: Der Hass wird nicht siegen. Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit wurden angegriffen; aber dies sind die Werte, auf die wir weiterhin gemeinsam vertrauen können und auf die wir bauen. Wir stellen der Gewalt Demokratie und Rechtsstaatlichkeit entgegen, und wir hoffen gemeinsam, dass dies auch für die weitere Entwicklung in der Türkei gilt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich habe mir sehr viele Gedanken gemacht, wie wir unseren heutigen Abend begehen. Nach vielen Gesprächen bin ich zu dem Entschluss gekommen, den Sommerempfang

heute in Schleißheim doch so durchzuführen, wie wir ihn geplant haben. Heute Abend sind viele Menschen da, die Sie eingeladen haben und die so viel Gutes und so viel Wichtiges in unserer Gesellschaft tun. Unter ihnen sind auch viele Menschen, die vor allen Dingen in den letzten Wochen und Monaten Familien, Schwerstverletzten und ihren Angehörigen sowie denen, die um Tote getrauert haben, zur Seite gestanden haben. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass wir diesen Menschen unsere Wertschätzung entgegenbringen wollen und dass sie es verdient haben, heute Abend bei uns zu sein. Sie werden heute stellvertretend für viele, viele in Bayern anwesend sein. Ich gehe davon aus, dass Sie mit mir darin übereinstimmen, dass der Weg, den wir heute Abend gehen werden, richtig ist. – Ich danke Ihnen ganz herzlich.

(Allgemeiner Beifall)

Ich darf noch einen herzlichen Gruß nach oben richten; mittlerweile sind die ersten Gäste da. Ich darf auf der Ehrentribüne ganz herzlich Frau Britta Stark, die Präsidentin des Landtags Brandenburg, begrüßen. Seien Sie uns ganz herzlich willkommen. Wir freuen uns, dass Sie da sind.

(Allgemeiner Beifall)

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich nun noch einen Glückwunsch aussprechen. Wir gratulieren dem Kollegen Ernst Weidenbusch, der heute seinen Geburtstag feiert. Einen herzlichen Glückwunsch, alles Gute und Gesundheit!

(Allgemeiner Beifall)

Damit rufe ich den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Riedberger Horn: Die Schönheit Bayerns bewahren. Für einen glaubwürdigen Alpenschutz entscheiden."**

Ich erteile als Erstem Herrn Kollegen Thomas Gehring für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Thomas Gehring (GRÜNE):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich stehe öfter auf dem Gipfel des Riedberger Horns. Es befindet sich in "meinem" Tal, gehört also zu "meinen" Bergen. Das Riedberger Horn ist immer eine schöne Bergtour; ich kann sie Ihnen allen empfehlen, zu jeder Jahreszeit. Wenn ich dort oben stehe, will ich eigentlich gar nicht mehr weg. Ich stehe dort und schaue bis in die Alpen. Die Aussicht ist wunderbar. Ich sehe hinüber zur Schesaplana, zum Gottesackerplateau und ins Alpenvorland

Richtung Bodensee. Ich sage Ihnen, die Aussicht ist beeindruckend. Obwohl man dort oben selten ganz allein ist, kommt man zur Ruhe. Dann denke ich mir: Bei uns ist es doch eigentlich schon ganz schön – und das ist gut so.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, nichts ist gut. Mit der Ruhe ist es vorbei – mit meiner Ruhe heute und auch mit der Ruhe am Riedberger Horn. Mit dem Bau einer Bergbahn und einer Piste am Riedberger Horn würde die Ruhezone, die Schutzzone C des Alpenplans verletzt. Mit der Ruhe dort oben wäre es dann vorbei. Doch der bayerische Landesentwicklungsplan schließt den Bau von Bergbahnen dort eigentlich aus.

Doch, liebe Kolleginnen und Kollegen, was ist heute aus dem Kabinett gekommen? Ist das eine Politposse? Ist das ein Skandal? – Auf jeden Fall ist es ein schwarzer Tag für unsere Berge und für unsere Heimat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stichwort Politposse: Was soll das denn sonst sein? – Da heißt es, jetzt solle in zwei Gemeinden ein Bürgerentscheid kommen, in Obermaiselstein und in Balderschwang. Damit soll dann Landesrecht und internationales Völkerrecht ausgehebelt werden? Wo sind wir denn eigentlich, liebe Kolleginnen und Kollegen?

(Zuruf von der SPD: In Bayern!)

Hier geht es um verbindliche Regeln, hier geht es um Vertrauen. Hier geht es nicht um eine unverbindliche Empfehlung, die einfach missachtet werden kann. Hier geht es um Zuständigkeiten. Zuständig dafür, den Landesentwicklungsplan umzusetzen und diesen Antrag abzulehnen, ist die Landesebene. Missbrauchen Sie hier nicht die kommunale Ebene und die Menschen vor Ort.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Rechtslage ist eindeutig. Wir sprechen hier von der Alpenkonvention, vom Naturschutzprotokoll. Sie fordern, dass Ruhezone ausgewiesen werden. Bayern und der Bund haben damals angegeben, dass die Alpenplan-Schutzzone C eine Ruhezone ist. Dort ist kein Eingriff, dort ist kein Bergbahnprojekt möglich. Unsere Tiroler Kollegen haben das respektiert und haben die Skischaukel am Kalkkögel nicht gebaut, weil das gegen internationales Recht verstoßen würde. Das ist auch durch Gutachten ganz klar belegt worden.

Sie würden mit einem Bau gegen internationales Recht verstoßen. Damit ist dieses Projekt nicht möglich.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Zum Zweiten macht die Alpenkonvention klar, dass in labilen Gebieten, wo Erosion droht, keine Pisten gebaut und planiert werden dürfen. Das Landesamt für Umwelt hat ganz deutlich gemacht, dass es am Riedberger Horn Richtung Balderschwang um ein labiles Gebiet geht. Dort wird es Erosion geben, wenn gebaut wird.

Der Ministerpräsident hat letzte Woche gesagt, man könne ja eine Buckelpiste anlegen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, offensichtlich war er schon länger nicht mehr beim Skifahren. Ich finde Buckelpisten ja ganz gut, aber Skifahren heißt heutzutage: planieren, trassieren, Bagger, künstlicher Schnee und Beschneigungsteiche. Das heißt Skifahren heute, und das würde die Erosion dort befördern. Deswegen ist dieses Projekt nach der Alpenkonvention nicht möglich und nicht machbar.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Jetzt kommt der nächste Vorschlag, die Alpenplan-Zone C einfach in Richtung Wannenkopf – das ist der nächste Berg – zu verschieben. Dazu muss man sagen: Das ist ein absurder Vorschlag. Wenn der Wannenkopf fachlich in die Alpenschutzzone gehört, muss er aufgenommen werden. Außerdem ist ein großer Teil dieses Gebiets schon in dieser Alpenschutzzone.

Dann muss man schon sagen: Diese Idee ist ein alter Hut. Dieser Hut ist so alt, dass er schon dreimal aufgefressen worden ist. Die Idee ist schon vor über zehn Jahren in den Kommunen präsentiert worden, und die Kommunen Bolsterlang und Blaichach haben diesen Vorschlag damals abgelehnt. Wollen Sie jetzt auch die Bürgerinnen und Bürger in Bolsterlang und Blaichach fragen? Wollen Sie sie fragen: Wollt ihr das Schutzgebiet, das die Balderschwanger nicht mehr haben, und ihr verzichtet dann auf eure Liftprojekte?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was Sie da tun, schürt höchstens den Unfrieden in den Dörfern rund ums Riedberger Horn, führt aber zu keiner Lösung. Das ist absurd. Es ist tatsächlich eine Politposse, was Sie da vorhaben.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Das Projekt greift in geschützte Biotop- und FFH-Gebiete ein und verstößt damit auch gegen EU-Recht. Es ist eine Verletzung des Vogelschutzes. Wir haben dort Birkhühner – eine Vogelart, die in Deutschland stark gefährdet ist. Allein in den Alpen hat sich der Bestand in den letzten Jahren halbiert. Birkhühner sind besonders geschützt. Wenn das ein Vogelschutzgebiet ist – was es faktisch ist –, bekommen wir Probleme mit dem EU-Recht. Sie können dieses Projekt dann nicht umsetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn es jetzt heißt, die Bürgerinnen und Bürger von Obermaiselstein und Balderschwang könnten entscheiden, dann ist das doch eine Farce. Natürlich haben beide Gemeinderäte einstimmig den Antrag an das Land gestellt, den Landesentwicklungsplan zu öffnen, ein Zielabweichungsverfahren durchzuführen. Aber es ist doch Aufgabe des Landes zu entscheiden, ob die Kriterien erfüllt sind oder nicht. Das ist nicht Aufgabe der Bürgerinnen und Bürger vor Ort.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN: Bravo!)

Die Bürgerinnen und Bürger von Obermaiselstein und Balderschwang werden sich am Ende des Tages von Ihnen missbraucht fühlen; das sage ich Ihnen.

Was die Menschen vor Ort meinen, kann ich Ihnen sagen. Die Meinungen sind tatsächlich geteilt. Die Leute klingeln bei mir an der Haustür und sagen: Du, ich muss mit dir mal übers Riedberger Horn reden. – Da gibt es Befürworter, aber es sind auch immer mehr Leute dabei, die dagegen sind. Die fangen dann an und sagen als Erstes: Ich bin jetzt gewiss kein Grüner, aber dahinten ein solches Projekt zu machen, das geht überhaupt nicht. Das sind Äpler, das sind Landwirte, das sind Leute aus dem Forst, und das sind Jäger. Die sagen: Ich beachte die Naturschutzauflagen, aber der Staat missachtet sie. Was hat denn mein Naturschutz für einen Wert? Warum soll ich mich daran noch halten? – Die Glaubwürdigkeit, die Sie hier bei den Menschen verlieren, können Sie nicht wiederherstellen. Der Glaubwürdigkeitsschaden, den Sie bei den Menschen vor Ort anrichten, ist immens hoch.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Ist diese Bergbahn, ist diese Skischaukel das tatsächlich wert? "Skischaukel" ist ein schönes Wort. Der Ministerpräsident wird, wenn er dem Beispiel der Trassen folgt, von Monsterskitrassen reden. Aber sei's drum.

Auf jeden Fall: Das ist es nicht wert. Es wird Klagen geben. Es wird Gerichtsverfahren geben. Der Himmel hängt voller Klagen, wenn dieses Projekt kommt. Es wird Jahre dauern, bis das entschieden ist. Den Menschen ist damit nicht gedient.

Das Riedberger Horn ist natürlich ein Präzedenzfall, und das Projekt ist ein Sündenfall, den Sie nicht ungeschehen machen können. Machen wir uns doch nichts vor: Die Pläne für weitere Projekte in den Schutzgebieten liegen in den Schubladen. Es sind Pläne für Skischaukeln, für große Events und für Hotelburgen. Sie werden das nicht mehr abwenden können. Aber wir wollen keinen Ballermann hier im Alpenland. Das kann ich Ihnen sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Es liegt an uns, das zu verhindern, und dieses Haus ist dafür verantwortlich. Eigentlich ist die Lage bei der Bayerischen Staatsregierung klar: Das Umweltministerium hat eine klare Stellungnahme abgegeben, eins a und fachlich begründet. Auch das Landwirtschaftsministerium hat sich dagegen entschieden. Die Entscheidung kann nur im Einvernehmen getroffen werden. Aber wir haben einen Heimatminister Söder, der keine Haltung zur Heimat hat. Er hat keine Haltung zu dieser schützenswerten Heimat, ihm ist der Schutz der Heimat egal. Deswegen kann er sich nicht entscheiden. Er kann sich nicht entscheiden, diesen Antrag abzulehnen. Er hat es einfach nicht im Kreuz.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Die Heimat braucht diesen Schutz. Die Antwort auf dieses Projekt kann nur ein klares Nein sein. Auch die Befürworter warten jetzt auf die Entscheidung. Ein Nein würde auch bei den Gemeinden für Klarheit sorgen. Wenn das Nein kommt, wird Grasgehren die Lifte erneuern, und Balderschwang wird den Weg des naturgerechten Tourismus weitergehen. Wir unterstützen die Gemeinden dabei. Ich hoffe, auch Sie werden sie dabei unterstützen.

Diejenigen, die den Ärger und letztendlich die Probleme haben werden, sind die Vertreter der Allgäuer CSU. Die Allgäuer CSU hat die Betreiber immer wieder in das Projekt hineingetrieben. Sie hat gesagt: Macht das, finanziert ruhig teure Gutachten. Wir werden das in München irgendwie durchbringen. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, von diesem Trip müssen Sie herunterkommen, Sie werden das Projekt nicht durchbringen. Aber Sie werden den Schaden haben, und Sie sind für den Schaden, der angerichtet worden

ist, verantwortlich, auch für die Jahre, die mit diesem Thema vergeudet worden sind.

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Beachten Sie bitte die Zeit.

**Thomas Gehring (GRÜNE):** Luis Trenker hat einmal das Riedberger Horn als den schönsten Skiberg Deutschlands bezeichnet. Er meinte Skitourenberg. Er hat recht. Es geht um den Erhalt unserer bayerischen Landschaft, um die Schönheit unserer Allgäuer Berge und um einen glaubwürdigen Alpenschutz.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Danke schön, Kollege Gehring. – Der nächste Redner für die CSU-Fraktion ist Kollege Rotter. Bitte schön.

**Eberhard Rotter (CSU):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach x Anträgen und Dringlichkeitsanträgen in diesem Hohen Hause ist das Riedberger Horn nun auch Thema dieser Aktuellen Stunde. Offensichtlich gibt es bei uns in Bayern nichts Wichtigeres zu debattieren als das Thema Riedberger Horn.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie hatten das im Kabinett!)

Aber vielen geht es gar nicht um diesen Berg. Viele Gegner kennen ihn gar nicht.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Der Kollege Gehring kennt ihn. Das will ich ausdrücklich betonen. Auch ich kenne ihn. Aber vielen Gegnern dieses Projekts geht es gar nicht um diesen Berg; es geht um Ideologie. Sie wollen einen Stellvertreterkrieg führen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Im Übrigen, Herr Kollege Gehring, möchte ich Sie in einem Punkt schon deutlich korrigieren: Die Allgäuer CSU hat die Gemeinden und die interessierten Betreiber – auch ich gehöre zur Allgäuer CSU – nicht in dieses Projekt hineingetrieben, sondern diese sind auf uns zugekommen und haben gesagt: Es kann doch nicht sein, dass wir nur deshalb nicht bauen können, weil wir ein paar Hundert Meter in der verkehrten Zone liegen mit der Seilbahn, die wir dringend benötigen, damit wir auch in Zukunft in dieser Region leben können.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Worum geht es eigentlich? Es geht darum, eine Verbindungsbahn und eine Skipiste zu errichten. Ein kleiner Teil dieses Projekts liegt in der Alpenschutzzone C.

(Florian von Brunn (SPD): Ein kleiner Teil?)

Dafür stünden allerdings weit größere Tauschflächen zur Verfügung. Diese Schutzzone C, die man jetzt wie eine Monstranz vor sich herträgt, ist in der Region vor 44 Jahren festgelegt worden. Ein Altbürgermeister, der seinerzeit dabei war, hat wiederholt erklärt, wie das damals geschehen ist: Man hat eine Karte ausgebreitet, sich darüber gebeugt, einen Filzschreiber in die Hand genommen und dann mit einem dicken Strich die Grenzen relativ willkürlich festgelegt.

(Florian von Brunn (SPD): Dadurch, dass Sie die Unwahrheit wiederholen, wird es nicht besser! Sie reden die Unwahrheit!)

– Sie gehören auch zu denen, die nicht aus der Region sind, aber meinen, sie wüssten alles besser. Aber das ist Ihr Problem, Herr Kollege von Brunn.

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Herr Rotter, einen kleinen Moment bitte. Entschuldigen Sie bitte, wenn ich unterbreche. – Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, Zwischenrufe sind zulässig und auch erwünscht, aber bitte in Grenzen. Sie sollen und dürfen den Redner nicht in seiner Rede beeinträchtigen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Bitte schön, Herr Rotter, Sie haben das Wort.

**Eberhard Rotter (CSU):** Es geht bei dieser Entscheidung um eine wohlabgewogene Einzelfallentscheidung und nicht um einen Dammbbruch. Es geht auch darum, die Wettbewerbsfähigkeit des Hochtales Balderschwang durch diese Verbindungsbahn und die Skipiste zu erhalten. Ich habe bereits gesagt: Es gibt dort keine Einkommensalternativen zum Tourismus. Von der Berglandwirtschaft allein können die Bewohner dort weiß Gott nicht leben.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Die Verbindungsbahn würde ein neues, ganzjähriges touristisches Leistungsangebot entstehen lassen. Es geht darum, dass durch eine schnelle, sichere und wetterfeste Bergbahn auch Zielgruppen wie Familien und Senioren außerhalb der Skisaison für das Hochtal Balderschwang gewonnen werden können. Bei einer Bergbahn von 1,5 Kilometern Länge und einer Skipis-

te von 3 Kilometern Länge kann aus tourismusfachlicher Sicht nur von einem kleinräumigen Vorhaben gesprochen werden. Von daher ist auch nicht aus dem konkreten Vorhaben heraus zu erklären, wie gewaltig hier der Widerstand ist, wie gewaltig die Gegnerschaft ist und wie groß das Medienecho ist. Dieser Skiverbund könnte einen positiven Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz leisten, indem längere Autofahrten der Winterurlauber in die intensiv beschneiten österreichischen, italienischen oder schweizerischen Ziele minimiert werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wundere mich, dass die Natur- und Umweltschützer davon überhaupt nicht reden.

(Florian von Brunn (SPD): Weil es einfach nicht stimmt!)

Das wird in diesem Falle akzeptiert. Dann geht es natürlich auch um das besonders geschützte Birkhuhn, wobei sich offensichtlich niemand um dessen Wohlergehen sorgt, wenn Skitourengeher das Riedberger Horn erklimmen und dann, ohne dass eine befestigte Piste entsteht, wieder abfahren. Dabei ist dann das Störpotenzial weit größer.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Diese Touren – das stimmt mich ganz besonders froh – werden von einem Verband organisiert, der im Übrigen einer der Hauptgegner dieser Skischaukel ist. Keiner, am wenigsten die Bevölkerung vor Ort, will hier einen Naturfrevel. Die Bevölkerung weiß sehr wohl, welches Kapital sie mit dieser schönen Landschaft hat.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Das will überhaupt niemand beeinträchtigen. Aber es kann nicht sein, dass von dem, was 1972 beschlossen worden ist, unter keinen Umständen, auch nicht bei sorgfältigster Abwägung des Einzelfalls, abgewichen werden kann.

(Florian von Brunn (SPD): Sehr sorgfältig?)

Es kann nicht sein, dass eine Seilbahn für alle Zeiten nicht gebaut werden kann, nur weil das Gebiet ein paar Hundert Meter in der Zone, die 1972 eingezeichnet wurde, liegt.

(Florian von Brunn (SPD): Doch!)

Das wäre die Aufgabe jeglicher politischer Gestaltungsmöglichkeit.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Von daher begrüße ich ausdrücklich, dass die Staatsregierung nunmehr einen Weg aufgezeigt hat, wie das unter Beachtung aller landschafts- und naturschützerischen Gesichtspunkte gehen kann.

(Florian von Brunn (SPD): Sie glauben selber nicht, was Sie da reden!)

Nicht die Bürger vor Ort werden entscheiden, ob die Seilbahn gebaut werden kann, aber sie sollen die Maßnahme bestätigen. Auch Kollege Gehring hat Zweifel geäußert, ob alle dafür sind. Die Bürgerinnen und Bürger sollen bestätigen, dass sie diese Maßnahme tatsächlich wollen. Erst wenn sie Ja gesagt haben – ja, wir wollen das –, wird die Staatsregierung entsprechend tätig werden.

Im Übrigen freue ich mich, dass meine Fraktion bei nur einer Gegenstimme soeben beschlossen hat, dass die Staatsregierung im Falle eines positiven Ausgangs der Bürgerbeteiligung die notwendigen Schritte zur Änderung der Zonenabgrenzungen am Riedberger Horn einleiten soll und dass sie alternativ prüfen soll – –

(Margarete Bause (GRÜNE): Wenn Sie noch einmal sagen, dass Sie für Naturschutz sind!)

Die Staatsregierung – ich sage es noch einmal zur Klarstellung –

(Thomas Gehring (GRÜNE): Sie haben gerade die Umweltministerin demontiert! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

ist in diesem Beschluss aufgefordert worden, im Falle eines positiven Ausgangs der Bürgerbeteiligung – das ist die Grundvoraussetzung – die notwendigen Schritte zur Änderung der Zonenabgrenzungen am Riedberger Horn einzuleiten bzw. zu prüfen, das Landesentwicklungsprogramm mit dem Ziel zu ändern, in Zone C des Alpenplans Seilbahnen, Lifte und Skiaufahrten landesplanerisch unter bestimmten naturschonenden Voraussetzungen zu ermöglichen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das ist Rechtsbeugung! – Gegenruf von der CSU: Schreihals!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Naturräume müssen immer auch Lebensräume für die Menschen bleiben. Auch die Menschen müssen dort weiter gut leben können. Darum setzen wir uns für das ein, was wir heute beschlossen haben und weswegen auch die Staatsregierung das Verfahren in Aussicht gestellt hat. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank, Kollege Rotter. – Kollege von Brunn steht für die SPD schon bereit. Bitte schön, Sie haben das Wort.

**Florian von Brunn (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! 44 Jahre lang hat der Alpenplan die Bayerischen Alpen, ihre einzigartige Landschaft und Natur vor Zerstörung und übermäßiger Erschließung bewahrt. 44 Jahre lang haben für alle klare und wohlbegründete Prinzipien gegolten, die weit über Bayern hinaus Anerkennung gefunden haben. Jetzt haben die Herren Kreuzer, Söder und auch der Ministerpräsident, der die Sache zur Chefsache erklärt hat, die Alpenpolitik und das Riedberger Horn in die Hand genommen. Jetzt regieren nicht mehr die Vernunft und das Augenmaß – jetzt regiert die Klientel.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Um Alpenschutz, Naturschutz und Landschaftsschutz scheren sich dieser Ministerpräsident und diese CSU offensichtlich wenig. Oder wie soll man es sonst erklären, dass man jetzt den Alpenplan ändern will, damit man quer durch die Berglandschaft und die alpine Natur am Riedberger Horn eine Skischaukel bauen kann? Wie soll man erklären, dass sich der Ministerpräsident zwar mit einem Hotelier und einem Inhaber einer Skischule vor Ort trifft, die beide im Nebenberuf Bürgermeister der dortigen Gemeinden sind, aber nicht mit der Alpenschutzkommission CIPRA, nicht mit dem Deutschen Alpenverein, nicht mit dem Bund Naturschutz und nicht mit dem Landesbund für Vogelschutz, um das weitere Vorgehen zu besprechen?

Wir verstehen nicht, was der Ministerpräsident gemeint hat, als er gesagt hat: Wir haben das juristisch sorgfältig geprüft und wissen, was notwendig wäre. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, steht schon seit Monaten fest; denn Ihr eigenes Landesamt für Umwelt, Herr Huber, hat Ihnen das bereits schwarz auf weiß aufgeschrieben. Am 10. Juni 2015, also schon vor einem Jahr, hat das Landesamt in seiner Stellungnahme erläutert, dass die beantragte Zielabweichung wegen der erheblichen Auswirkungen auf den Naturhaushalt und das Landschaftsbild sowie wegen der besonderen Bedeutung des Schutzes vor geologischen Naturgefahren nicht vertretbar ist. Außerdem, so das Landesamt weiter, stelle eine Abweichung den Alpenplan als Grundgerüst für eine geordnete Erschließung der Alpen in Frage und berühre so die Grundzüge der Planung.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Was wollen Sie? – Anstatt dem Planungsrecht Geltung zu verschaffen und dieses unsinnige Projekt zu

beenden, greifen Sie jetzt den Alpenplan in seiner Substanz an, ganz nach dem Motto: Wenn ein Gesetz dem lokalen Business und der CSU nicht passt, dann wird es eben angepasst. Jetzt soll also die Bevölkerung in zwei kleinen Gemeinden mit ein paar Hundert Einwohnern über einen landesweit bedeutsamen Präzedenzfall entscheiden – Bewohner, von denen ein guter Teil wie die beiden Bürgermeister Geschäftsleute, Anteilseigner oder sonstige Profiteure des Baus dieser Skischaukel sind. Die dürfen also den Daumen heben und entscheiden, ob die höchste Schutzzone C des bayerischen Alpenplans nach 44 Jahren, in denen sie sich bewährt hat und bisher von allen Staatsregierungen akzeptiert wurde, geschäftsoptimiert und profitorientiert zurechtgestutzt wird. Ein Hotelier-Bürgermeister, ein Skilehrer-Bürgermeister, lokale Investoren, ihnen ergebene CSU-Landtagsabgeordnete und eine Handvoll Bürger vor Ort entscheiden, wie der Alpenschutz und die Landschaftsplanung in Bayern aussehen. Das ist komplett verantwortungslos, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

So öffnen Sie Tür und Tor für weitere unsinnige und falsche Projekte.

Ja, das Projekt Skischaukel am Riedberger Horn ist auch aus übergeordneter Perspektive betrachtet wirtschafts- und tourismuspolitisch falsch. Balderschwang und Grasgehren können auch nach einem Zusammenschluss nie mit dem Skizirkus in Österreich konkurrieren. Ich nenne nur ein Beispiel: Die Gesamtpistenstrecke des nahe gelegenen Skigebietes von Lech und Zürs am Arlberg, das von 1.250 bis auf 2.500 Höhenmeter hinaufreicht, bleibt selbst nach dem Zusammenschluss immer noch drei- bis viermal so groß – und das ist nicht einmal das größte Skigebiet Österreichs.

Wenn Sie den Ausbau des Skigebiets am Riedberger Horn auf Kosten der Natur durchsetzen, züchten Sie damit nur mehr Konkurrenz für deutsche Skigebiete, im Allgäu für Oberstdorf, Oberjoch und Oberstaufen, aber nicht für Österreich. – Und das bei einer sinkenden Anzahl von Skifahrern in Deutschland insgesamt. Das muss man sich einmal vorstellen.

Die Frage nach dem Schutz oder der Nutzung der Alpen geht weit über den Tellerrand lokaler Interessen hinaus. Die Bedeutung der Alpenpolitik im gesamteuropäischen Kontext wird durch die Alpenkonvention unterstrichen, einen völkerrechtlichen Vertrag, den die Alpenanrainerstaaten und die Europäische Union ratifiziert haben. Das Bodenschutzprotokoll der Alpenkonvention verbietet den Bau und die Planierung von Skipisten in labilen, rutschanfälligen Gebieten. Das



hat das Gutachten von Professor Faßbender, das wir in Auftrag gegeben haben, noch einmal deutlich aufgezeigt. Das Planungsgebiet am Riedberger Horn ist genau so ein rutschanfälliges Gebiet. Das kann jeder von Ihnen im Internet auf den einschlägigen Gefahrenhinweiskarten des Landesamts für Umwelt nachlesen. Deswegen widerspricht es dem Umweltvölkerrecht, dort neue Skipisten anzulegen.

Wir sind gespannt, was Sie dann diesbezüglich unternehmen werden. Werden jetzt die Karten geändert, wird das Gebiet von der CSU für stabil erklärt, oder sollen ein paar Hundert Einwohner in zwei kleinen Gemeinden in einem Bürgerentscheid ein internationales Abkommen außer Kraft setzen? Das müssen Sie uns einmal erklären. Worauf müssen wir uns einstellen? – Dass Sie den Bruch der Alpenkonvention billigend in Kauf nehmen? Es zeugt schon von einer unglaublichen Hybris, wie diese Landesregierung meint, sich über Völkerrecht sang- und klanglos hinwegsetzen zu können wie in einer Bananenrepublik.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das Gleiche gilt für den Naturschutz und das Naturschutzrecht. Innerhalb des Planungsgebietes gibt es 68 Hektar Biotope. Die meisten sind geschützte Biotope nach dem Bundesnaturschutzgesetz oder dem Bayerischen Naturschutzgesetz. Dort gibt es 53 Pflanzenarten, die auf der Roten Liste stehen. Ich brauche nicht zu erwähnen, dass das Gebiet besonders für den Vogelschutz eine hohe Bedeutung hat, weil es dort eine für den bayerischen Alpenraum besonders wichtige Population des streng geschützten und stark gefährdeten Birkhuhns gibt. Dazu kommen noch andere Arten, die nach Anhang I der Europäischen Vogelschutzrichtlinie geschützt sind, wie das Auerhuhn, das Haselhuhn und weitere streng geschützte Tierarten.

Dazu kommen der besondere Wert und die besondere Bedeutung des Landschaftsbildes, die das Landesamt für Umwelt in seiner Stellungnahme ausführlich begründet hat. Wegen dieses Landschaftsbildes hat der Landkreis Oberallgäu schließlich auch das Landschaftsschutzgebiet Hörnergruppe geschaffen. In der Schutzgebietsverordnung dieses Landschaftsschutzgebietes wird der Zweck der Ausweisung so beschrieben: Die Hörnergruppe als Teilbereich der Allgäuer Alpen soll wegen ihrer hervorragenden Schönheit, Vielfalt und Eigenart in ihrer Gesamtheit geschützt werden, genauso die dort vorkommenden seltenen, gefährdeten und schutzbedürftigen Pflanzen- und Tierarten und die vielfältigen Strukturen der Höhenzüge und Täler mit der reichen Verzahnung von Waldflächen und alpwirtschaftlichen Flächen.

Das alles gefährden Sie durch den geplanten Bau von Lifтанlagen und Pisten. Wie hat es der Ministerpräsident genannt? – Seiner Meinung nach könnten hier naturnahe Pisten entstehen. – Wie sollen in dieser Landschaft und inmitten von Biotopen und Schutzgebieten naturnahe Pisten geschaffen werden? Es war Ihr Umweltministerium, das erst vor Kurzem im Umweltausschuss erklärt hat, was für ein gravierender Eingriff in die Natur die Neuanlage von Skipisten ist.

Die Neuanlage vor allem der Skipiste würde massiv in bestehende Biotope eingreifen. Außerdem kann die Piste nicht gebaut werden, ohne dass in großem Stil Berg- und sogar Schutzwald gerodet wird. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das widerspricht aber dem einstimmigen Beschluss dieses Hauses, dem Bergwaldbeschluss des Bayerischen Landtags von 1984.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Außerdem sind künstliche Beschneiungsanlagen geplant. Ganz abgesehen von dem Bodenschutzprotokoll der Alpenkonvention, das das Anlegen neuer Skipisten in labilen Gebieten verbietet: Wie kann man eine Piste, für die Bergwald gerodet wird, die mitten durch geschützte Biotope gezogen wird, die künstlich beschneit wird, als "naturnah" klassifizieren?

Ein Fazit kann man mit Blick auf den Naturschutz und seine momentane Situation in Bayern ziehen: Unter Ministerpräsident Seehofer und seiner Regierung sind in Bayern offensichtlich die Zeiten vorbei, in denen ein Nationalpark Bayerischer Wald geschaffen, ein bayerisches Umweltministerium neu begründet und der Umwelt- und Naturschutz in die Bayerische Verfassung aufgenommen wurde. Sie machen das Gegenteil! Sie täuschen die Öffentlichkeit, indem sie zwar von Naturschutz reden, aber in Wirklichkeit der Profiterzielung durch Naturzerstörung Tür und Tor öffnen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden das nicht akzeptieren, sondern alle Register ziehen, um dieses rechtswidrige Projekt am Riedberger Horn zu stoppen.

(Lachen des Abgeordneten Eberhard Rotter (CSU))

Im Parlament und außerhalb, Herr Rotter! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank, Kollege von Brunn. – Der nächste Redner ist Herr

Dr. Herz für die Fraktion FREIE WÄHLER. Bitte schön.

**Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war soeben von den lokalen Entscheidungsträgern und den Abgeordneten aus der Region die Rede. Die entsprechende Kompetenz würde ich außer meiner Wenigkeit natürlich noch Herrn Kollegen Gehring zubilligen; ansonsten hält sich diese Kompetenz stark in Grenzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE) – Florian von Brunn (SPD): Bei Ihnen aber auch, Herr Kollege!)

Damit wollte ich nur die Kompetenzen abstecken.

Kollege Gehring hat schon viele wichtige Punkte aufgezählt. Es ist zum Beispiel ein Problem – wir hatten in diesem Hause schon öfter damit zu tun –, dass ein Eingriff in die Schutzzone C des Alpenplans vorgenommen werden soll. Deshalb ist die Dramatik so groß, und wir müssen das Problem auch hier im Landtag ansprechen.

Um auf die Rede des Kollegen von Brunn einzugehen: Er hat maßlos übertrieben.

(Florian von Brunn (SPD): Was?)

Es ist bereits klargestellt worden, dass es zu einzelnen Baumfällungen kommen wird; das muss drin sein. Die Landschaft wird nicht zerstört; maximal 400 m<sup>2</sup> Fläche sollen aktiv bebaut werden. Der Bau von Familienabfahrten ist geplant. Großflächige Raupenverschiebungen wird es nicht geben. Diese Tatsachen müssen wir immer wieder darstellen.

(Florian von Brunn (SPD): Dann waren Sie aber noch nicht dort!)

Die Einhaltung dieser Ankündigungen kann während der Umsetzungs- bzw. Bauphase überwacht werden.

Ich komme zu einem weiteren wichtigen Punkt. Wir reden hier im Haus häufig über lokale Strukturen, zu denen auch die klein- und mittelbäuerliche Landwirtschaft gehört. Entscheidend ist der Hinweis, dass 80 bis 90 % der Menschen in diesen Gegenden inzwischen vom Tourismus leben. Insofern muss ich den Kollegen von der rechten Seite des Hauses recht geben: Wir müssen auch schauen, dass wir bleiben, wo wir sind.

(Florian von Brunn (SPD): Wir müssen beim Alpenplan bleiben!)

Wir müssen den Menschen dort Alternativen anbieten. Daher können wir nicht grundsätzlich Nein zu allen entsprechenden Vorhaben sagen. Zumindest für uns FREIE WÄHLER ist es sehr wichtig, dass auch in Bezug auf diese Frage ein Abwägungsprozess erfolgt.

Angesichts der besonderen Lage der Gemeinde Balderschwang müssen wir deren Einwohnern sagen und zeigen: Auch ihr gehört dazu. Ihr seid nicht drüben in Österreich. – Im Verbund müssen wir zeigen, dass wir bei uns ein Projekt gemeinsam schultern und realisieren können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir FREIE WÄHLER haben immer für ein abgespecktes Verfahren, das in gewisser Weise einen Kompromiss darstellt, plädiert. Ursprünglich waren ja vier Abfahrten geplant. – So viel zu diesem Thema.

(Florian von Brunn (SPD): Die Rechtslage interessiert Sie nicht, oder?)

Ich komme zu zwei Punkten, die uns ebenfalls wichtig erscheinen, die aber das Verhalten der Fraktion der CSU betreffen. Liebe Kollegen der CSU, so, wie es gerade bei Ihnen läuft, kann es nicht weitergehen. Sie diskutieren zurzeit ausführlich darüber, wie Sie mit Volksbefragungen umgehen wollen. In der Frage des Riedberger Horns sprechen Sie sich für eine Volksbefragung aus. Das ist Ihr gutes Recht. Es gab aber schon Befragungen wie die zur dritten Startbahn für den Münchner Flughafen. Da das Ergebnis Ihnen nicht passte, haben Sie entschieden, dass die Befragung vielleicht doch nicht so wichtig gewesen und nicht ernst zu nehmen sei. Meine Damen und Herren von der CSU, Sie müssen endlich einmal klären, und zwar im Vorfeld, ob Sie Volksbefragungen generell befürworten oder ob Sie nur dann für Volksbefragungen sind, wenn Sie keine eigene Meinung haben.

Damit komme ich auf den nächsten wichtigen Punkt zu sprechen: Mein Kollege Professor Michael Piazzolo hat hier vor wenigen Tagen eine wegweisende, bahnbrechende Rede gehalten.

(Lachen bei der CSU)

Ich empfehle Ihnen diese Rede zum Nachhören und zum Nachlesen. Er hat von einem "Wetterhäuschen" gesprochen. Dieses Wort passt auch zum Verhalten der CSU: In Ihrem Wetterhäuschen sitzen für alle Richtungen Vertreter. Herr Minister Söder und Herr Kreuzer sprechen sich für die Bebauung am Riedberger Horn aus. Die Frau Umweltministerin spricht sich dagegen aus. Sie sind zu keiner einheitlichen Meinung gekommen und haben demzufolge keinen Beschluss gefasst. Heute hören wir, wenn die Bevölke-

rung Ihnen folge, könnten Sie doch ein Verfahren einleiten.

Liebe Kollegen der CSU, so kann es nicht laufen. Sie wollen alle Richtungen abdecken: die Befürworter, die Gegner und auch das, was sich ab und zu dazwischen findet.

(Florian von Brunn (SPD): Das betrifft auch die FREIEN WÄHLER!)

Dann sagen Sie: Liebe Bevölkerung – es geht um gut 900 Menschen, knapp 800 in Obermaiselstein und gut 160 in Balderschwang –, entscheide mal schön! Wir schauen dann, was wir tun können.

Herr Präsident, ich komme zum Abschluss.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Lieber Herr Minister Söder, liebes Kabinett, Sie sollten schon eine Meinung äußern. Es steht einer Bayerischen Staatsregierung zu, zu einem wegweisenden Thema eine Meinung zu haben, bevor sie die Bevölkerung fragt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Margarete Bause (GRÜNE): Wie ist denn die Meinung der FREIEN WÄHLER?)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Lieber – –

**Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER):** Ich kreide Ihnen sehr an, dass Sie vor dieser Befragung der Bevölkerung keine Meinung äußern.

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Lieber Kollege!

**Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER):** Eine Bayerische Staatsregierung ohne Meinung ist ein Armutszeugnis. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Lieber Kollege Herz, Sie haben vom Wetterhäuschen geredet; aber die Sanduhr ist schon durchgelaufen. – Vielen Dank. Die nächste Wortmeldung stammt von dem Kollegen Beißwenger für die CSU-Fraktion. Bitte sehr.

**Eric Beißwenger (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen! Geplant ist ein Verbund bereits existierender Skigebiete, das heißt keine Neuerschließung unberührter Natur. Ich betone dies, weil der Kollege von den GRÜNEN behauptet hat, mit dem Bau einer Bergbahn und einer Piste am Riedberger Horn sei es mit der Ruhe endgültig vorbei. Dann müsste es damit schon lange vorbei sein; denn das ist schon gebaut und seit Langem in Betrieb.

Es handelt sich mehr oder weniger um eine Maßnahme zur Förderung von gelenktem Tourismus. Das ist ein gutes Beispiel dafür, dass vor Ort Alpwirtschaft, Ski- und Wandertourismus Hand in Hand gehen und im Einklang mit der Natur funktionieren.

Auffallend ist: Die Zahl der Birkhühnerpaare, die immer wieder angesprochen werden, ist in den vergangenen Jahrzehnten von vier auf dreißig gestiegen – trotz Skitourismus. Das heißt, Nutzung ist nicht Zerstörung. Beides darf nicht gleichgesetzt werden.

Um auf den Tagesordnungspunkt zurückzukommen: Alle, sowohl die Gegner als auch die Befürworter des Projekts, wollen die Schönheit der Landschaft erhalten. Gerade die Einheimischen haben doch diese Kulturlandschaft durch ihre viele Arbeit geprägt, und sie pflegen sie bis heute.

An dieser Stelle muss ich das Thema Landwirtschaft ansprechen: Der Tourismus ist für die Landwirtschaft unermesslich wichtig. Er ist ein stabilisierendes Element der Einkommenserzielung. Diese erfolgt quasi in Kombination: Viele Alp- und Bergbauern betreiben oben ihre Hütte und sind froh, wenn ein Gast vorbeikommt, der auch noch Buttermilch oder eine Brotzeit zu sich nimmt. Das ist eine funktionierende Kombination, die wir weiter pflegen müssen.

Ich stelle umgekehrt die Frage: Was tun die Gegner des Projekts für die Landschaft? – Einige der Gegner erschließen sich die für sie sonst fast heilige Zone C durchaus, zum Beispiel als Skitourengehänger. Ich bin der Meinung, ein Schwarz-Weiß-Denken, das hier immer wieder propagiert wird, ein Denken in den Kategorien von Gut und Böse ist hier nicht angebracht.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Zu mir hat ein Journalist gesagt, der eigentlich gegen das Projekt war, dass er vor Ort überrascht gewesen sei, was da oben eigentlich los ist. Er sagte, wenn man das einmal gesehen habe, könne man nicht mehr dagegen sein. Je weiter man weggeht, desto größer wird allerdings der Widerstand.

Wir sollten vielleicht häufiger die Menschen in der Region befragen. Damit meine ich auch die Bürgermeister, die Gemeinderäte und die Kreistage, die vor Ort Beschlüsse fassen. Herr von Brunn, Sie können sich heute fast nicht mehr auf dem Stuhl halten. Sie müssten gar nicht so nervös sein. Rüsten Sie einmal verbal ab! Begriffe wie "völkerrechtswidrig" sollten wir gebrauchen, wenn es um weltweite Bedrohungen geht. Hier geht es jedoch um den Bau einer Bergbahn. Sie sollten wieder herunterkommen und nicht aggressiv die Leute gegeneinander aufhetzen.

(Beifall bei der CSU)

Der Alpenraum ist nicht nur Naturraum, er ist auch Lebensraum. Das wird manche überraschen, die weit davon entfernt leben. Wir sollten nicht beide Funktionen gegeneinander ausspielen. Die Natur soll auf keinen Fall gestört werden. Den Menschen vor Ort muss aber auch geholfen werden.

(Florian von Brunn (SPD): Ja, aber nicht mit falschen Mitteln!)

Wenn wir überall Freilichtmuseen errichten wollen, müssen wir den Leuten eine andere Existenzmöglichkeit geben. Wenn wir das nicht wollen, müssen wir für die Menschen, die diese Heimat- und Kulturlandschaft geprägt haben, da sein.

(Beifall bei der CSU – Ulrike Gote (GRÜNE): Sie haben kein Verhältnis zur Natur und keine Ahnung, wovon Sie reden!)

– Oh, die Frau Vizepräsidentin Gote schreit gerade durchs Parlament. Hallo!

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Ihre Ausführungen sind ja auch zum Schreien! )

Ich möchte hier nicht auf parlamentarische Gepflogenheiten eingehen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Schauen Sie mal in die Geschäftsordnung! Das hilft!)

– Ich schaue einmal, was unter "Vizepräsidentin" und unter "Benehmen" steht.

(Beifall bei der CSU)

Ich begrüße den Weg der Staatsregierung ausdrücklich und möchte, im Gegensatz zu meinem Vorredner, darauf hinweisen, dass sich in unserer Fraktion kein Kabinettsmitglied gegen das Projekt ausgesprochen hat.

(Margarete Bause (GRÜNE): Das ist interessant!)

Ich finde es sehr gut, dass die Staatsregierung ihren Weg mit den Menschen vor Ort und im Sinne der Heimat geht.

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Holetschek. Bitte schön.

**Klaus Holetschek (CSU):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Man könnte fast meinen, die

Schlacht ums Riedberger Horn wäre ausgebrochen. Dabei sollten wir doch endlich einmal über die Sache diskutieren und etwas mehr Ruhe hineinbringen.

(Beifall bei der CSU)

Ich weiß gar nicht, wovor Sie Angst haben. Ich möchte mich ausdrücklich bei unserem Ministerpräsidenten und unserem Heimatminister Markus Söder bedanken;

(Florian von Brunn (SPD): Jetzt wird es schleimig; es tut mir leid!)

denn es ist richtig, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort vertrauen. Wenn Sie einmal vor Ort gewesen wären und mit den Menschen gesprochen hätten, wüssten Sie, dass dieses Thema keines ist, das wir aus dem Parlament herausgetragen haben, sondern dass dieses Thema von außen an uns herangetragen wurde.

(Florian von Brunn (SPD): Herr Holetschek, deshalb sagte ich "Klientelpolitik"! Man könnte auch sagen "Amigopolitik"!)

Der Tourismus ist nun einmal eine Leitökonomie. Da hängen Familien mit dran. Auch das gehört zu der Güterabwägung, die wir hier vornehmen müssen. Sie ignorieren immer ein Thema. Sie blenden immer einen Bereich aus, nämlich die Existenz der Menschen. Die Menschen machen sich Sorgen, dass sie nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Wie geht es mit dem Tourismus weiter? Auch das muss abgewogen werden. Deshalb bin ich dankbar dafür, dass wir den Menschen die Chance geben, sich klar zu artikulieren. Die Menschen sollen klar sagen, was sie wollen und was sie nicht wollen. Ich bin auch dankbar, dass das Kabinett heute eine Entscheidung getroffen hat. Es hat die Basis geschaffen, auf der dieses Thema vernünftig und unter Beachtung des Naturschutzes weiterentwickelt werden kann.

(Florian von Brunn (SPD): Wie wird hier der Naturschutz beachtet?)

Meine Damen und Herren, natürlich ist der Alpenplan wichtig. Meine Fraktion hat eine Alpenstrategie auf den Weg gebracht, weil wir uns auch mit der Zukunft beschäftigen. Das will ich an dieser Stelle auch noch einmal sagen.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist doch wirklich hohles Gerede!)

Wir beschäftigen uns nicht nur mit der Vergangenheit und sagen, was nicht geht. Wir versuchen vielmehr, Probleme zu lösen. Das ist unser Ansatz. Unser Poli-

tikansatz ist es nicht, uns hinzustellen und zu sagen: Das haben wir noch nie gemacht. Da finden wir keine Lösung. Meine Damen und Herren, das mag Ihr Politikansatz sein, unser Politikansatz ist es, Lösungen für die Probleme der Menschen zu schaffen. Das tun wir auch hier.

(Beifall bei der CSU)

Ich verstehe deshalb diese ideologisch geprägte Diskussion nicht. Das ist nämlich eine solche Diskussion. Wenn Sie vernünftig abwägen würden, müssten Sie sagen: Die Menschen vor Ort sollen die Chance haben zu sagen, dass sie dieses Projekt brauchen, weil es ihre Existenz sichert und weil sie im Vergleich mit anderen wettbewerbsfähig bleiben müssen.

(Florian von Brunn (SPD): Im Gegenteil, Herr Holetschek! Haben Sie schon einmal den Begriff "Klimawandel" gehört?)

Wir haben die Aufgabe, eine Lösung zu finden, die sich am Naturschutz orientiert, aber auch Potenziale für die Zukunft eröffnet. Nichts anderes hat das Kabinett heute getan. Das wollen wir, das tun wir, dafür stehen wir in der Verantwortung, und dafür stehen unser Heimatminister und unser Ministerpräsident. Wenn Sie näher an den Menschen wären, würden Sie sich hier nicht so aufführen, sondern sehen, dass dies eine richtige und verantwortungsvolle Entscheidung für dieses Thema ist.

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank, Herr Kollege Holetschek. – Für die Staatsregierung hat sich Herr Staatsminister Dr. Söder gemeldet. Bitte sehr.

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vorhin wurde von den einen gesagt, wir hätten keine Meinung. Die anderen werfen uns vor, wir hätten eine zu klare Meinung. Ich kann Ihnen nur eines sagen: Es steht der Regierung eines Landes, das auf Bürgernähe setzt und das sich als Dienstleister für die Bürger empfindet, gut an, in München nicht immer oberlehrerhaft über Bürger und Bürgermeister zu reden, sondern die Bürger im Land ernst zu nehmen und mit ihnen zusammen nach Lösungen zu suchen. Das ist das Entscheidende.

(Beifall bei der CSU)

Die Landesentwicklung ist nichts Statisches.

(Florian von Brunn (SPD): Und sie ist bei Ihnen in den falschen Händen, Herr Minister!)

Denken Sie einmal daran, dass wir in Bayern im letzten Jahr Hunderttausende von Menschen neu aufgenommen haben. Landesentwicklung bedeutet, immer wieder zu überprüfen, was das Beste für Bayern ist, und dafür zu sorgen, dass es in jedem Landesteil eine Chance auf Entwicklung gibt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Alpenraum ist ein Naturraum, aber er ist auch ein Lebensraum. Sie beklagen auf der einen Seite, dass bestimmte Gebiete im Hinblick auf die Demografie Schwierigkeiten haben, weil junge Leute dort nicht bleiben. Gleichzeitig beklagen wir die Überfüllung der Ballungsräume. Wir müssen deshalb ehrlicherweise sagen, dass wir etwas für die ländlichen Räume tun sollten. Wir sollten nicht nur Sonntagsreden halten, sondern den ländlichen Raum ernst nehmen. Wir müssen deshalb dem ländlichen Raum zubilligen, seine Zukunft selbst in die Hand zu nehmen.

(Florian von Brunn (SPD): Sie erheben die Prinzipienlosigkeit zum Prinzip!)

Der Alpenraum ist kein Denkmal und keine Verbotszone für Bürger. Der Alpenplan definiert übrigens mit seinen unterschiedlichen Zonen den Ausgleich und den Versöhnungsaspekt zwischen Natur, Wirtschaft und Tourismus.

(Florian von Brunn (SPD): Das machen Sie jetzt kaputt!)

Das ist die Herausforderung. Das wurde ausdrücklich festgelegt; denn das war schon vor vielen Jahrzehnten der Planungswille. Meine Damen und Herren, die Ausgestaltung erfolgt unter maßgeblicher Beteiligung des jeweiligen Landtags. Ich weiß gar nicht, was Sie für ein Demokratieverständnis haben.

(Florian von Brunn (SPD): Ein besseres als Sie!)

Der heutige Landtag, das sind auch Sie selbst! Der heutige Landtag hat das Recht und die Pflicht, immer wieder aufs Neue zu überprüfen, was Landesentwicklung bedeutet. Dass der Landtag den Planungswillen neu definiert, ist rechtmäßig und in Ordnung. Wir müssen für die Zukunft arbeiten und dürfen nicht nur in der Vergangenheit leben.

(Florian von Brunn (SPD): Aber nicht, wenn die CSU-Klientel Politik betreibt, Herr Minister!)

Ich gebe zu, dass zwei Kollegen, die heute gesprochen haben, näher an dieser Region dran sind als die meisten, die heute gesprochen haben, auch näher als ich. Herr Gehring sagte, es gebe die eine Meinung und die andere Meinung. Er glaubt, es gebe mehr Leute, die seiner Meinung wären. Das mag sein. Überprüfen wir es doch einfach. Schauen wir halt, ob

das stimmt. Warum fürchten Sie sich so davor, wo Sie doch immer für Demokratie sind? Warum fürchten Sie sich davor, die Bürger zu fragen?

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich habe gehört, dass Herr von Brunn Bürgermeister – –

(Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

– Frau Vizepräsidentin, mit lautem Gebrülle werden Sie die Bürger vor Ort nicht beeindrucken!

(Ulrike Gote (GRÜNE): Gehen Sie doch auf die Argumente ein!)

Herr von Brunn hat einzelnen Bürgermeistern subkutan andere Interessen unterstellt. Meine Damen und Herren, ich glaube, das ist nicht der Stil, wie wir mit gewählten Vertretern in den Gemeinden umgehen sollten. Jeder Bürgermeister und jeder Gemeinderat hat Respekt verdient. Diesen Respekt ist das Hohe Haus den Leuten vor Ort schuldig.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen keine Skilifte und Seilbahnen bauen, keiner von uns. Daran ist auch keiner von uns beteiligt. Die Bürger und die Gemeinden wollen sich weiterentwickeln. Sie sehen an dieser Stelle ihre Zukunft betroffen. Es ist Ausdruck unseres Respekts, dieses Anliegen ernst zu nehmen. Wir hören zu, lassen die Bürger entscheiden und nehmen diese Entscheidung ernst. Es handelt sich um einen Skilift und eine Bergbahn. Davon sind 0,08 % der Zone C betroffen – das ist ein wichtiger Punkt –, aber es sind nicht die gesamten Alpen. Wir nehmen den Abwägungsprozess ernst und überlegen, Kompensationen vorzunehmen, die zum Teil das Dreifache der Fläche umfassen, über die wir gerade diskutieren. Natürlich findet auch anschließend – Sie haben es angesprochen – eine Prüfung nach Recht und Gesetz statt. Das ist doch selbstverständlich. Wovor fürchten Sie sich denn eigentlich, wenn die Stufen des Handelns klar sind, nämlich erstens: Wir fragen die Bürger, zweitens: Wir fragen den Landtag und drittens: Wir entscheiden nach Recht und Gesetz? – Sauberer, besser und demokratischer kann man ein solches Verfahren nicht angehen, als wir das an dieser Stelle tun.

(Beifall bei der CSU)

Bei Windrädern waren Sie generell anderer Meinung. Nach Ihrer Auffassung müssten Windräder überall sein, während das andere nicht so sein kann. Ich finde, auch Sie müssten sich an dem messen lassen,

was Sie sagen. Ich finde, dass der jetzt vorliegende Vorschlag – –

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Ich kann es nicht hören, weil es immer so laut ist.

Sie können einen Ausflug der Landtagsfraktionen vor Ort durchführen und jeden einzelnen Bürger mit Ihrer Meinung infiltrieren in der Hoffnung, es bringt etwas. Ich aber glaube: Wenn wir ständig von München aus versuchen, den Oberlehrer zu spielen, werden wir am Ende die Bürger nicht erreichen. Nehmen wir die Bürger mit, und geben wir einem sensiblen Abwägungsprozess Raum. In der heutigen Kabinettsitzung haben alle Kabinettsmitglieder genau diesen Weg als sinnvoll erachtet. Es wird kein Recht umgangen, es wird nichts ausgelassen. Wir fragen die Bürger, und – was ganz wichtig ist – dieser Landtag drückt sich eben nicht um eine Entscheidung. Dieser Landtag bringt zum Ausdruck, dass die Zukunft Bayerns nicht nur in den Ballungsräumen liegt, sondern dass auch die ländlichen Räume eine Zukunft haben.

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

#### **Antrag der Abgeordneten**

**Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Gudrun Brendel-Fischer u. a. und Fraktion (CSU), Markus Rinderspacher, Arif Tasdelen, Angelika Weikert u. a. und Fraktion (SPD), Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Ludwig Hartmann, Margarete Bause, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
**Einsetzung einer Enquete-Kommission im Bayerischen Landtag "Integration in Bayern aktiv gestalten und Richtung geben" (Drs. 17/12431)**

und

#### **Festlegung der Mitgliederzahl, Besetzung und Vorsitz der Enquete-Kommission**

Ich eröffne hierzu die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat 36 Minuten. Die Verteilung der Zeiten setze ich als bekannt voraus. Erster Redner ist der Kollege Zellmeier. Bitte schön.

**Josef Zellmeier (CSU):** Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Integration in Bayern aktiv gestalten und Richtung geben – ein zweifellos wichtiges Thema und aktueller denn je. Aktuell ist es natürlich wegen der hohen Zahl an Zuwanderern, die wir in den letzten Jahren, vor allem im letzten Jahr, in Bayern und in Deutschland zu verzeichnen hatten. Aktueller denn je ist es aber auch wegen der Verunsicherung in der Bevölkerung, die sich die Frage stellt, wie es weitergehen wird, welche Richtung die Integration nehmen wird und wie sie das Leben verändern wird bzw. verändern soll. Es stellt sich auch die Frage, wie die Sicherheit ausgestaltet sein wird. Integration ist auch eine wichtige Voraussetzung für die innere Sicherheit, damit die Menschen, die zu uns kommen, mit uns leben können. Wir haben gerade in der Vergangenheit und auch aktuell erfahren, dass Menschen, die nicht gut integriert sind, ein Risiko darstellen. Deshalb müssen wir verstärkt darauf achten, Integration noch mehr zu leben, als es bisher der Fall ist.

Wir in Bayern sind stolz darauf, dass Integration bei uns relativ gelungen ist. Aber in der Praxis gibt es immer wieder neue Herausforderungen, es gibt neue Probleme, und man kann immer noch etwas verbessern. Dazu sind wir auch bereit, und deshalb haben wir gleich zu Beginn signalisiert, dass wir mitarbeiten wollen und dem Antrag, der von der SPD und den GRÜNEN gekommen ist, beitreten sowie den Fragenkomplex mitgestalten. Dieser Konsens hat sich bewährt; wir haben gemeinsam einen guten Fragenkatalog auf den Weg gebracht.

Unser Interesse an der Arbeit der Enquete-Kommission zeigt sich aber auch an der Besetzung, die wir vorgeschlagen haben und die wir heute – so denke ich – auch beschließen werden. Wir haben mit Markus Blume, der die Grundsatzkommission der CSU leitet und bei der Integration schon lange tätig ist, Thomas Huber, dem zuständigen Berichterstatter im sozialpolitischen Ausschuss, Michaela Kaniber, die als Kind kroatischer Eltern aus der zweiten Generation der Gastarbeiter stammt, Martin Neumeyer, unserem Integrationsbeauftragten, und an der Spitze natürlich unserer Landtagspräsidentin Barbara Stamm, die in der CSU die Arbeitsgruppe Integration leitet, profilierte Mitglieder in der Enquete-Kommission. Es handelt sich also um prominente Mitglieder, die auch fachkundig sind. Genauso prominent und fachkundig sind unsere Experten.

Ich möchte an dieser Stelle schon einmal Danke sagen. Ich möchte den Experten danken, die sich bereitgefunden haben mitzuwirken. Die Arbeit ist zeitaufwendig. Die Mitwirkung kostet Geduld und Arbeit. Ich möchte aber auch unseren Kolleginnen und Kollegen in der Fraktion danken, die sich bereitwillig gemeldet

haben. Wir haben ein größeres Interesse verzeichnet, als wir erwartet hatten. Danke auch an alle, die als Stellvertreter in der Enquete-Kommission mitwirken.

Unsere Experten sind prominent und vor allem sehr fachkundig. Wir haben Professor Dr. Georges Tamer, den Inhaber des Lehrstuhls für Orientalische Philologie und Islamwissenschaft, gewinnen können. Das Thema Islam ist wichtig; denn dabei gibt es die größten Unsicherheiten und die größten Herausforderungen. Der Bildungsbereich ist mit Professor Günther Goth, dem Vorstandsvorsitzenden des Bildungswerks der Bayerischen Wirtschaft, vertreten. Auch das war uns wichtig. Gerade die berufliche Bildung ist wichtig, damit der Anschluss an die Arbeitswelt und die Gesellschaft gelingt. Es gilt das Prinzip, den eigenen Lebensunterhalt finanzieren zu können.

Für den Bereich Arbeit und Fortbildung haben wir Herrn Eugen Hain, den Vorsitzenden der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit in Würzburg, mit dabei. Auch er ist ein profilierter Kenner der Thematik. Wichtig war uns auch, dass die Kommunen entsprechend vertreten sind. Die Kommunen sind durch Landrat Thomas Karmasin, Vizepräsident des Bayerischen Landkreistages, vertreten. Auch er ist bei der Integration engagiert. Ein weiterer Vertreter der Verwaltung ist Regierungspräsident Heinz Grunwald, der nicht nur als Regierungspräsident, sondern auch vorher schon in verschiedenen Funktionen mit Flüchtlingen und deren Aufnahme und Unterbringung sowie deren Integration viel zu tun hatte. Ihnen allen ein großes Dankeschön und ein Vergelts Gott für die Bereitschaft mitzuwirken, um die Integration in Bayern noch besser zu gestalten.

(Beifall bei der CSU)

Die Enquete-Kommission hat zuerst eine Bestandsaufnahme vorzunehmen. Dabei werden wir sicherlich die Ministerien fordern müssen; denn es werden Daten geliefert werden müssen. Elf Fragenkomplexe sind abzuarbeiten.

Ich möchte an dieser Stelle auch dem Kollegen Taßdelen herzlich danken. Er hat bereits im Vorfeld ein Gespräch angeboten. Wir werden uns morgen treffen, um die Details zu besprechen, sodass wir gemeinsam starten können. Wir werden gemeinsam versuchen, das Beste für unser Land und für die Menschen, die hier leben, die Einheimischen und die Zuwanderer, zu erreichen.

Ich verschweige aber nicht, dass wir bei einigen Themen unterschiedlicher Meinung sind, bei denen es nicht leicht sein wird, Kompromisse zu finden. Das betrifft die Leitkultur, die uns sehr wichtig ist, aber auch die Staatsangehörigkeit und das Wahlrecht. Letzteres

ist für uns das Ergebnis von Integration und nicht die Voraussetzung. Das betrifft aber auch die Rückkehr derjenigen, die kein Aufenthaltsrecht haben oder bei denen der Aufenthaltsgrund nach Ende der Kampfhandlungen weggefallen ist. Auch diese Themen gehören dazu, zu fragen, was mit diesen Betroffenen geschieht und was man für diese Personengruppen tun muss, die sich nur zeitweise bei uns aufhalten. Wir müssen auch fragen, was zu tun ist, damit diese Personen zurückkehren und ihr Land wieder aufbauen. All das sind wichtige Themen, und diese wollen wir möglichst gemeinsam abarbeiten.

Lieber Kollege Taşdelen, ich sage aber auch: Die Forderung, das Gesetz, das wir eingebracht haben, zurückzustellen, wird rein faktisch nicht erfüllbar sein. Die Enquete-Kommission ist mit dem Abschlussbericht für den Zeitraum bis Frühjahr 2018 angelegt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir ein Gesetzesvorhaben fast zwei Jahre lang zurückstellen. Das wäre der falsche Weg. Wir haben hier Handlungsbedarf. Die Enquete-Kommission kann das Gesetz aber in der Umsetzung begleiten und Vorschläge bringen. Sollte sich Nachbesserungsbedarf ergeben, wird eine Gesetzesänderung nie ausgeschlossen sein, wobei ich hoffe, dass unser Gesetz so gut ist, dass eine Änderung nicht notwendig ist.

(Lachen des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Aber auch darüber werden wir uns nicht alle einig sein, liebe Kolleginnen und Kollegen. Vielleicht kommt aber auch bei Ihnen noch die Erkenntnis. Ich will es zumindest hoffen.

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion: Kollege Taşdelen. Bitte sehr.

**Arif Taşdelen (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Zellmeier, Ihr Gesetz wäre gut, wenn Sie es einstampfen würden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Thema Integration steht auf der Tagesordnung der heutigen Plenarsitzung. Wir hätten nicht gedacht, dass wir uns, zumindest in der Einsetzung der Enquete-Kommission und in den Themen, so einig werden. Ich möchte den Dank an alle hier vertretenen Fraktionen zurückgeben. Zwar haben uns viele Gespräche Nerven und Kraft gekostet, aber trotzdem haben wir uns auf einen Fragenkatalog geeinigt, mit dem alle Fraktionen leben

können: die CSU, die GRÜNEN, die FREIEN WÄHLER und auch wir von der SPD.

Wir haben die Integration in Bayern bisher dem Zufall überlassen. Das ist meine Wahrnehmung, wenn ich in ganz Bayern herumfahre und mich mit Menschen unterhalte. Dort, wo es Menschen gab, die sich für das Thema interessiert haben und die sich ehrenamtlich oder hauptamtlich eingesetzt und dem Thema Integration gewidmet haben, und dort, wo wir eine Oberbürgermeisterin oder einen Oberbürgermeister hatten, der sich für das Thema interessiert hat, hat Integration funktioniert. Wo wir solche Personen nicht hatten, hat Integration faktisch nicht stattgefunden. Im Gespräch mit Bürgermeistern habe ich meistens die Antwort erhalten: Herr Taşdelen, bei mir hat die Integration gut funktioniert; bei mir sind Ausländer bisher nicht aufgefallen. – Damit meinte man, dass Ausländer nicht negativ aufgefallen sind. Der Umkehrschluss war: Wenn Migrantinnen und Migranten nicht negativ auffallen, ist die Integration vor Ort gelungen. – Wir wissen heute aber, dass diese Erkenntnis falsch ist. Was die Integration angeht, wissen wir nicht, wo wir stehen, und, ehrlich gesagt, auch nicht, wo wir hinwollen. Wir haben im Bayerischen Landtag nicht einmal einen Integrationsbericht, der uns Abgeordneten einen Spiegel vorhält, um zu erfahren: Wo stehen wir? Wo wollen wir hin?

Deshalb ist die Einsetzung der Enquete-Kommission "Integration in Bayern aktiv gestalten und Richtung geben" richtig und wichtig. Wir wollen diese wichtigen Themen wie Sprache, Erziehung und Bildung, gesellschaftliche und politische Teilhabe bis hin zu Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Wohnen und Stadtentwicklung, Kultur und Medien auch mit Fachleuten und Expertinnen und Experten von außen diskutieren, um zu erfahren, wo wir stehen, wie wir Integration besser organisieren können und wie wir, was beispielsweise den Spracherwerb angeht, besser werden können, um die Menschen, die zu uns kommen, schnell zu integrieren.

(Beifall bei der SPD)

Es geht uns auch nicht nur um die Menschen, die neu zu uns kommen, sondern auch um die Menschen, die schon länger bei uns leben. Wir haben diesen Menschen gegenüber eine politische Verantwortung und können vielleicht neue Wege gehen, um ihnen Angebote zu machen, die wir bisher nicht gemacht haben, oder auf neue Ideen kommen. Wir wollen zum Beispiel untersuchen, warum DAX-Unternehmen bisher nur 54 Flüchtlinge beschäftigen und kleine und mittelständische Unternehmen am meisten Arbeitsplätze angeboten haben. Wir wollen untersuchen, wie Menschen, die neu zu uns kommen, noch besser in den



Arbeitsmarkt integriert werden können. Wir wollen die Integrationsbereitschaft nach folgenden Fragen untersuchen: Wie gelingt das Zusammenleben? Welche Regeln sind für das Zusammenleben erforderlich? Wir wollen auch diese Themen beleuchten.

Wir wollen – wir als Opposition haben diese Kröte geschluckt – auch über die Leitkultur reden, aber nicht in dem Sinne, wie es die CSU-Fraktion ursprünglich vorgeschlagen hatte, sondern wir haben in den Fragenkatalog der Enquete-Kommission die Formulierung aufgenommen, dass wir untersuchen wollen, was der Begriff "Leitkultur" bedeutet, wie dieser Begriff definiert wird und ob dieser Begriff geeignet ist, die Integration zu fördern, oder ob er sie eher hemmt. Da sieht man, dass wir als Opposition, dass wir als SPD ein bisschen über den eigenen Schatten gesprungen sind, um tatsächlich alle Lebensbereiche der Menschen, die neu zu uns kommen, zu beleuchten und zu erfahren, wie wir die Integration in Bayern besser gestalten können und wie wir zukunftsfähiger werden können, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Für die SPD-Fraktion wird meine Kollegin Angelika Weikert in der Enquete-Kommission mitarbeiten. Als Expertinnen haben wir Frau Professor Petra Bendel vom Zentralinstitut für Regionenforschung an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg – mein herzliches Dankeschön, weil die Mitarbeit viel Zeit und Kraft kosten wird – und Frau Mitra Sharifi, die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migrantinnen- und Integrationsbeiräte Bayerns, berufen.

Ich freue mich auf die Zusammenarbeit und bin mir sicher, dass wir gemeinsam ein Integrationspapier erarbeiten können, das wir für die nächste Legislaturperiode als Integrationsgrundlage hinterlassen können. Ich hoffe, dass viele unserer Vorschläge in der nächsten Legislaturperiode umgesetzt werden.

Ich richte noch einmal meinen Appell an Sie, weil Sie es angesprochen haben, Herr Zellmeier: Vielleicht kommen Sie als CSU-Fraktion doch noch zur Vernunft und legen das integrationshemmende Gesetz, das Sie schon in Erster Lesung eingebracht haben, auf Eis, um die Ergebnisse der Enquete-Kommission abzuwarten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank. – Für die Fraktion FREIE WÄHLER: Kollege Dr. Fahn. Bitte schön, Sie haben das Wort.

**Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ob Integration gelingt oder misslingt, entscheidet sich vor Ort, also in

den Kommunen. Kommunen sind der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration. – Wir freuen uns heute vierfach. Wir freuen uns zum einen, weil wir es parteiübergreifend geschafft haben, eine Enquete-Kommission "Integration in Bayern" ins Leben zu rufen. Wir freuen uns über die vielen Experten, die dabei sind. Das belebt sicherlich unsere Arbeit. Das wird dazu führen, dass die Sacharbeit im Vordergrund steht. Das ist bei diesem Thema nämlich besonders wichtig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir freuen uns auch, dass ein Kapitel "Kommunales" in den Fragenkatalog eingefügt wurde. Wir freuen uns darüber, dass wir es geschafft haben – das war gar nicht so schwer –, in zwei, drei Sitzungen einen gemeinsamen Fragenkatalog zu entwickeln. Das ist wichtig. Das heißt, die vier Fraktionen ziehen in dieser Sache an einem Strang. Wir wollen diesen gemeinsamen Fragenkatalog sachlich und konstruktiv abarbeiten.

Wir wollen diskutieren – das ist uns FREIEN WÄHLERN wichtig –, wie Kommunen und örtliche Helferstrukturen noch besser unterstützt werden können. Wir müssen neue Strukturen finden, um in den Kommunen und den ländlichen Gebieten, die zum Teil schon bisher hervorragende Integrationsarbeit geleistet haben, weitere Verbesserungen zu erreichen. Wir müssen schauen, wie die finanziellen Mittel noch besser eingesetzt werden können. Wir wünschen, dass in den Kommunen analog zu den seniorenpolitischen Konzepten sogenannte integrationspolitische Handlungsanleitungen erstellt werden, weil die Akteure vor Ort beim Thema Integration bestimmend sind. Das ist uns insgesamt wichtig. Uns FREIEN WÄHLERN ist wichtig, dass wir eine Meinungs- und Konzeptbildung von unten nach oben haben, nicht von oben nach unten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das sollte den Verantwortlichen vor Ort nicht übergestülpt werden. Das ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration. Wir wollen, dass das Thema Integration noch stärker als bisher in die kommunalen Gremien – Gemeinderat, Stadtrat, Kreistag – einbezogen wird. Uns ist ebenso wichtig, dass die Integration zur Chefsache gemacht wird; Bürgermeister und Landräte sollten voll dahinterstehen. Außerdem wollen wir – das muss das Ziel sein –, dass wir möglichst viele Entscheidungen in der Enquete-Kommission einstimmig treffen. Das ist wichtig. Das kommt bei den Bürgern am besten an.

In einigen Kommunen liegt der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund bei rund 10 %. Für viele Bürger mit Migrationshintergrund ist es eine interes-

sante Erfahrung und ein Vertrauensgewinn, den man nicht unterschätzen darf, wenn sie in der Verwaltung Landsleuten gegenüberstehen.

Kommunen brauchen Unterstützung, das ist ganz wichtig. Wir sagen immer: Ohne Moos nichts los. In Übereinstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden fordern wir angesichts der vielfältigen Anforderungen für eine gelungene Integration nicht nur eine verbale, sondern auch eine finanzielle und personelle Unterstützung. Die Kommunen leisten heute schon sehr viel für die Integrationsarbeit. Das sagen alle kommunalen Spitzenverbände. Deshalb darf es keine "kalte" Kommunalisierung von Integrationskosten geben. Bund und Land dürfen sich ihrer Verantwortung nicht entziehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Integration umfasst viele Bereiche: Arbeitsmarkt, Bauland, sozialer Wohnungsbau, Jugendhilfe und Kinderbetreuung. – Ich komme zum Schluss, weil mein Kollege Florian Streibl auch noch reden möchte. – Der Begriff "Leitkultur" soll ebenfalls untersucht werden. Die Verbände – das habe ich in meiner Schriftlichen Anfrage schon herausgearbeitet – sind das Spiegelbild der gesellschaftlichen Meinung in Bayern. Das muss sich auch im Integrationsgesetz wiederfinden. Wenn sich alle Verbände, die wir befragt haben, gegen den Begriff "Leitkultur" ausgesprochen haben, müssen wir diesen Begriff in der Kommission kritisch hinterfragen. Deshalb freue ich mich auf die Diskussion in der Enquete-Kommission.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Danke schön, Herr Kollege Dr. Fahn. – Jetzt hat Frau Kollegin Bause für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

**Margarete Bause (GRÜNE):** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich freue mich, dass wir heute die Einsetzung der Enquete-Kommission zur Integration in Bayern beschließen. Ich freue mich, dass sich am Ende alle Fraktionen unserer Initiative angeschlossen haben. Zuerst haben wir einen gemeinsamen Antrag mit der SPD-Fraktion eingebracht. Danach haben sich die FREIEN WÄHLER und die CSU dem Antrag angeschlossen. Der Weg dorthin war nicht ganz leicht. Jetzt liegt jedoch ein guter gemeinsamer Antrag vor, der eine spannende und sehr wichtige Diskussion in der Enquete-Kommission erwarten lässt. – Herzlichen Dank für diese gemeinsame Initiative.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Enquete-Kommission ist nötig, sie ist sogar längst überfällig. Andere Landtage haben schon in den Jahren 2010 und 2011 Enquete-Kommissionen zum Thema Integration eingerichtet. Dazu zählen die Länder Hessen und Rheinland-Pfalz. Diese Kommission ist auch deshalb überfällig, weil wir auch in Bayern längst in einer Einwanderungsgesellschaft leben, selbst wenn Sie von der CSU sich schwertun, diese Realität anzuerkennen. Zunächst brauchen wir eine umfassende Bestandsaufnahme mithilfe von Daten und Fakten. Wie verläuft die Zuwanderung, die Migration und Integration in unserer Gesellschaft eigentlich? Was sind gelingende Projekte? Wo hapert es? Wo befinden sich Integrationshürden und Integrationshindernisse? Wie können wir eine ressortübergreifende und langfristig ausgerichtete Integrationspolitik auf den Weg bringen? Wie gestalten wir Integrationspolitik aktiv? – Je erfolgreicher wir Integration gestalten, desto besser steht es um die Zukunftschancen Bayerns. Darüber besteht mittlerweile Konsens.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Übrigen haben wir unseren Wohlstand in Bayern gerade auch der permanenten Migration und somit auch den Migrantinnen und Migranten und den Flüchtlingen zu verdanken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit der Enquete-Kommission erkennen wir an, dass Zuwanderung in Zeiten der Globalisierung den Normalzustand darstellt. Es handelt sich nicht um eine zeitlich befristete Ausnahme, wie Sie das von der CSU gerne sehen. Im Rahmen einer Veranstaltung im Landtag hat Herr Alois Glück vor Kurzem in einem sehr bemerkenswerten Vortrag deutlich gemacht, dass Zuwanderung kein vermeidbarer Betriebsunfall sei – das hat er so genannt –, sondern in einer globalisierten Welt der Normalzustand. Außerdem hat er deutlich gemacht, dass die Einstellung zu Flüchtlingen und Migranten für die Aufgabe der Integration von ausschlaggebender Bedeutung ist. Das ist eine zentrale Aussage. Wir sollten sagen: Sie sind eine Chance für uns. Sie eröffnen uns die Möglichkeit, unseren Wohlstand in einer globalisierten Welt weiter auszubauen. Es ist entscheidend, welche Maßnahmen wir ergreifen. Es ist ein Unterschied, ob wir die Türen schließen oder sagen: Sie sind mitten in unserer Gesellschaft, und wir tun alles dafür, dass sie optimale Chancen haben, weil wir alle davon profitieren, weil wir alle dadurch gewinnen.

Ziel der Enquete-Kommission ist es, konkrete Konzepte für eine erfolgreiche und zukunftsgerichtete Integrations- und Migrationspolitik zu entwickeln. Außerdem soll erarbeitet werden, wie die Potenziale

erfolgreicher anerkannt, gefördert und nutzbar gemacht und Integrationshemmnisse und Integrationshürden abgebaut werden können.

Herr Zellmeier, ich halte es für sinnvoll, wenn Ihre Fraktion das Leitkult-Gesetz zurücknehmen würde, bis wir in der Enquete-Kommission auf der Basis von Fakten und Daten und unter Beteiligung von Expertinnen und Experten sowie Betroffenen Empfehlungen erarbeitet haben. Auf dieser Grundlage können wir sinnvoll diskutieren. Wir sollten nicht mit verfehlten Vorschlägen und auf einer völlig unzutreffenden Faktenbasis eine falsche Politik wie in Ihrem Integrationsgesetz betreiben. Ich empfehle Ihnen, die Enquete-Kommission als Chance zu begreifen und Ihr Integrationsgesetz zurückzuziehen. Erarbeiten wir zusammen mit den Expertinnen und Experten sowie den Betroffenen Empfehlungen. Auf diese Weise haben wir die Chance, eine gute Integrationspolitik für Bayern zu gestalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Enquete-Kommission werden wir streiten – das ist klar. Wir haben uns um den richtigen Weg schon bei ihrer Einsetzung gestritten. Das gehört zur Demokratie. Es macht nichts, dass wir in dieser Enquete-Kommission nicht alle einer Meinung sein werden. Das gehört sich auch so. Wir werden jedoch auf der Basis von Fakten streiten und nicht auf der Basis von Gerüchten oder Befürchtungen, die durch den Raum wabern. Wenn wir auf der Basis von Daten und Fakten um den richtigen Weg streiten, ist das in Ordnung. Ich hoffe, dass wir mit der Enquete-Kommission die ideologische Debatte, die Sie so gerne führen, endlich überwinden können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayern geht mit dieser Enquete-Kommission einen wichtigen Schritt weiter auf dem Weg zu einer zeitgemäßen Integrationspolitik. Liebe Kolleginnen und Kollegen, nutzen wir gemeinsam diese Chance.

Herr Kollege Dr. Fahn hat gerade gesagt, Integration sei Chefsache. Das sehen wir auch so. Deswegen werde ich selber dieser Enquete-Kommission angehören. Meine Kollegin Christine Kamm wird mich dort vertreten. Unser Experte ist Michael Stenger, der Ihnen als Erfinder der "SchlaU-Schule" bekannt ist. Das ist ein unglaublich erfolgreiches Integrationsprojekt. Wir freuen uns, zusammen mit den anderen Expertinnen und Experten und mit Ihnen eine zeitgemäße Integrationspolitik für Bayern zu entwickeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Danke schön, Frau Kollegin Bause. – Jetzt hat Herr Kollege Blume für die CSU-Fraktion das Wort. Bitte sehr.

**Markus Blume (CSU):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Enquete-Kommission zur Integration ist parlamentarisch notwendig. Das ist bereits gesagt worden. Wir als CSU-Fraktion stimmen dem uneingeschränkt zu. Sie ist parlamentarisch notwendig, lieber Herr Kollege Taşdelen, weil sie das Integrationsgesetz ergänzen soll. Wir können logischerweise nicht zwei Jahre warten, bis die Enquete-Kommission zu Ergebnissen kommt, sondern die Aufgabe der Integration steht unmittelbar an, und dieser Aufgabe trägt das Integrationsgesetz Rechnung. Richtig ist aber auch, dass Integration eine Daueraufgabe ist. Sie wird uns auf viele Jahre hinaus fordern, und deswegen müssen wir alles richtig machen. Deswegen ist es auch notwendig, die Fragen mit der nötigen Gründlichkeit auf der Basis von Fakten, wie Sie, Frau Bause, es gesagt haben, zu bearbeiten und die richtigen Konzepte auf den Weg zu bringen. Deswegen sehe ich zwischen dem Integrationsgesetz und der Enquete-Kommission keinen Widerspruch. Das Integrationsgesetz muss sofort erlassen werden. Die Arbeit der Enquete-Kommission wird von Dauer sein. Deswegen hat beides seine Berechtigung.

Die Arbeit der Enquete-Kommission ist auch gesellschaftlich notwendig. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage es ganz persönlich und ehrlich: Ich bin in Sorge um unsere offene Gesellschaft und um das, was wir uns über Jahrzehnte errungen und erarbeitet haben. Das hatte gerade dazu geführt, dass unser Land für die Menschen auf der ganzen Welt ein Sehnsuchtsort ist. Diese offene Gesellschaft ist aber in Gefahr. Sie ist nicht nur deswegen in Gefahr, weil es Menschen gibt, die unter offener Gesellschaft etwas anderes verstehen. Sie ist auch deswegen in Gefahr, weil es Menschen gibt, die manche Veränderungen in unserer Gesellschaft mit Sorge beobachten. Deswegen müssen wir in der Enquete-Kommission auch eine gesellschaftlich relevante Antwort darauf geben, wie Integration gelingen kann. Die offene Gesellschaft darf nicht an sich selbst scheitern.

(Beifall bei der CSU)

Den Beitrag des Kollegen Zellmeier möchte ich gerne noch um drei oder vier politische Punkte ergänzen und auf das erwidern, was Sie gerade gesagt haben. Erstens ist für uns, die CSU, klar, dass wir auch die Integrationsfähigkeit im Blick behalten müssen. Die Integration kann nur gelingen, wenn wir die Möglichkeiten dazu haben und wenn keine Überforderung eintritt. Deswegen kommt von unserer Seite die klare Botschaft: Die Aufnahmefähigkeit muss sich an der

Integrationsfähigkeit ausrichten. Deshalb wird es auch Aufgabe der Enquete-Kommission sein zu beleuchten, wie integrationsfähig wir sind und wie wir diese Integrationsfähigkeit noch steigern können.

Zweitens müssen wir die Integrationsleistung, die die Gesellschaft zu erbringen hat, fair verteilen. Es kann nicht sein, dass ein Drittel der Gesellschaft über Integration theoretisiert und über Willkommenskultur nachdenkt, während die anderen zwei Drittel der Gesellschaft für die Integration praktisch zuständig sein sollen. So kann es nicht gehen, so würde unsere Gesellschaft am Ende des Tages gespalten.

Drittens müssen wir Integrationsbereitschaft auch einfordern. Ich halte es für gut und richtig, dass auch dieser Aspekt in der Enquete-Kommission untersucht wird. Wir müssen dafür sorgen, dass die Integration gelingen kann. Wir müssen vor allem deutlich machen, dass die Integration nicht Kür, sondern Pflicht ist. So selbstverständlich es ist, dass es in unserem Land keine rechtsfreien Räume geben darf, so selbstverständlich muss es auch werden, dass es keine integrationsfreien Räume geben darf. Diese wären der Nährboden für Radikalisierung. Integration ist das beste Mittel, um auch gegen Radikalisierung zu immunisieren.

(Beifall bei der CSU)

Viertens müssen wir der Integration auch eine Richtung geben, weil wir den Menschen, die zu uns kommen, eine Orientierung geben müssen. Diese Menschen wollen wissen, wofür unsere Gesellschaft steht und was für eine Gesellschaft es ist, in der sie Platz finden möchten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, an der Stelle darf ich einen Wunsch formulieren: Integration ist heute zum Glück keine Frage eines politischen Lagers mehr. Ihre Notwendigkeit wird von niemandem mehr bestritten. Deshalb würde ich mir wünschen, dass die Frage, woran wir die Integration ausrichten und ob es überhaupt notwendig ist, der Integration eine Richtung zu geben, nicht nur von einem politischen Lager, sondern von uns gemeinsam beantwortet wird. Ich wünsche mir dies deshalb, weil es bei der Leitkultur nicht nur um Schweinsbraten und Dirndl geht. Diese Debatte ist nun wirklich von vorgestern. Orientierung an der Leitkultur heißt für mich Befähigung zur Toleranz und Befähigung, sich in unserer offenen Gesellschaft, die wir verteidigen wollen, zurechtzufinden. Deswegen halte ich das Konzept der Leitkultur für einen notwendigen Bestandteil unserer offenen Gesellschaft. Die Diskussion über die Leitkultur ist kein Streit um Worte, sondern ein Streit um die Sache. Ich würde mich freuen, wenn wir diese Diskus-

sion in der Enquete-Kommission gemeinsam zum Ende bringen könnten.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zum Schluss. Die Integration wird eine Daueraufgabe sein. Der Raum einer Enquete-Kommission ist dafür der richtige. Jawohl, Frau Kollegin Bause, wenn Integration gelingt, wird es für Bayern ein Erfolg sein. Da sind wir voll mit dabei. Ein letzter Satz: Wir alle hier sind ins Gelingen verliebt, wir haben kein Interesse am Scheitern, und deswegen kann die Enquete-Kommission auch ein deutliches Zeichen für alle Protestbewegungen in diesem Land sein, die kein Interesse am Gelingen, sondern nur ein Interesse am Scheitern haben und mit den Ängsten der Menschen spielen. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Streibl von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Florian Streibl (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Richtig ist: Integration muss gelingen. Wir haben keine andere Chance, als dass sie gelingen muss. Deswegen ist es ein großartiges Zeichen, wenn wir heute als gesamter Landtag einstimmig die Einsetzung dieser Enquete-Kommission beschließen. Wir machen uns gemeinsam auf den Weg, um zu sehen, wie Integration gelingen kann; denn dies ist die große Herausforderung der Zukunft.

Wenn wir keine Parallelgesellschaften und keine Radikalisierung haben wollen, dann müssen wir Wege finden, die gesamte Gesellschaft mitzunehmen. Es geht um nichts anderes als den Wert der Einigkeit, wie es im Deutschlandlied heißt. Es geht um die Einigkeit in der Gesellschaft. Deswegen ist Integration nötig, und es ist gut, wenn wir alle daran mitarbeiten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Des Weiteren muss Integration – das stimmt auch – eine Richtung haben. Sie muss sich an unseren westlichen Werten und an unserem westlichen Gesellschaftssystem orientieren. In dieses System hinein wird integriert und eingewandert. Dieses Werte- und Gesellschaftssystem ist juristisch gesagt das System der Vertragsfreiheit einer Vertragsgesellschaft. Hier treffen freie Rechtssubjekte aufeinander, welche sich mit Achtung und Respekt begegnen. Deswegen respektieren sie den gegenseitigen Willen und binden sich vertraglich. Eine vertragliche Gesellschaft basiert auf den persönlichen Freiheitsrechten, auf dem Recht

der freien Entfaltung der Persönlichkeit für jedermann. Das müssen wir auch vermitteln. In diese Gesellschaft hinein muss integriert werden, damit diejenigen, die zu uns kommen, wissen, wie unsere Gesellschaft funktioniert.

Wir sind keine Kommando-Gesellschaft. Wir sind eine Gesellschaft von gleichen und freien Menschen, die sich auf dieser Basis begegnen und gemeinsam einen Weg finden; das muss vermittelt werden. Das muss das Ziel jeglicher Integration sein, und daran müssen wir arbeiten. Der Vertragsabschluss und die Privatautonomie sind letztlich die Grundlage unseres westlichen Gesellschaftssystems; das dürfen wir nicht vergessen. Als gleiche und freie Menschen sitzen wir hier nebeneinander, weil wir uns einigen können. Deswegen bedeutet Integration meiner Meinung nach das Anerkennen und das Leben der Werte der Einigkeit, des Rechts und der Freiheit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat nun Frau Staatsministerin Emilia Müller das Wort. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

**Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der Enquete-Kommission greift der Bayerische Landtag eines der wichtigsten Zukunftsthemen unseres Landes auf. Gelingende, erfolgreiche Integration ist die Voraussetzung dafür, dass die Arbeitslosenquote niedrig und der Wohlstand in unserem Land erhalten bleibt. Integration ist der wesentliche Schlüssel dafür, den Zusammenhalt der Menschen in Bayern zu erhalten und zu stärken. Dabei dürfen wir die Integrationsfähigkeit unserer Bevölkerung nicht überstrapazieren und überfordern. Deswegen ist auch eine Begrenzung der Zuwanderung ein ganz wesentlicher Aspekt. Kollege Blume hat es vorhin auch schon angesprochen.

Die Integration der Menschen, die bei uns bleiben werden, wird uns mit Sicherheit noch viele Jahre fordern. Die Integration braucht einen langen Atem. Sie braucht Geduld. Sie gelingt nicht von einem Jahr zum andern, sondern es wird Jahrzehnte dauern, bis die Integration verwirklicht ist. Die Integration wird zum Dreh- und Angelpunkt für die Zukunft unserer Gesellschaft. Daher ist es richtig, dass alle vier Landtagsfraktionen einen gemeinsamen Antrag zur Einsetzung dieser Enquete-Kommission erarbeitet haben.

Sehen wir uns genauer an, was Bayern leistet: Bayern leistet viel bei der Integration. Mit einem Bayerischen Integrationsgesetz wollen wir den Rahmen für

eine gelingende Integration gesetzlich festschreiben. Integration vollzieht sich bei uns nach klaren Regeln: dem Grundsatz des Forderns und Förderns,

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wo ist denn das Fördern?)

der uneingeschränkten Akzeptanz unserer Rechts- und Grundwerteordnung und dem Erlernen der deutschen Sprache, um nur drei wichtige Eckpfeiler zu nennen.

Fördern heißt, wir unterstützen die Menschen, die bei uns bleiben werden, hier Fuß zu fassen. Wir fördern die Integration mit unserem Sonderprogramm "Zusammenhalt fördern, Integration stärken". Das Programm umfasst, wie Sie wissen, ein Maßnahmenpaket mit einem Volumen von über 550 Millionen Euro. Bereits letzten Herbst haben wir dieses Programm ins Leben gerufen und auf den Weg gebracht.

Aber die Integration von Hunderttausenden Migranten und Migrantinnen mit breit gefächertem soziokulturellem Hintergrund, unterschiedlichem Bildungsniveau, unterschiedlicher Qualifikation und unterschiedlichem Ausbildungsstand wirft auch viele neue Fragen auf. Deswegen ist es hilfreich, dass die Enquete-Kommission in einem ersten Schritt eine generelle Bestandsaufnahme zur Situation der unterschiedlichen Personengruppen mit Migrationshintergrund und Integrationsbedarf vornehmen wird. In einem zweiten Schritt können in einem konstruktiven Dialog zukunftsweisende Lösungen erarbeitet werden.

Der vorliegende interfraktionelle Antrag geht in seiner aktuellen Fassung auf die aus meiner Sicht zentralen Handlungsfelder ein, vor allem auf Sprache, Erziehung und Bildung. Spracherwerb beginnt schon in der Erstaufnahmeeinrichtung und im Kindergarten. Dann folgen Erziehung und Bildung.

Zu den Themen Wirtschaft und Arbeitsmarkt: Wir haben einen Pakt mit der Wirtschaft geschlossen. Wir haben heute, etwa ein halbes Jahr nach dem Start der Initiative "Integration durch Ausbildung und Arbeit", eine Zwischenbilanz gezogen: 24.000 Plätze auf dem Arbeitsmarkt konnten bereits vergeben werden. Wir hatten uns für das Jahr 2016 20.000 Plätze vorgenommen, waren also sehr erfolgreich. Weitere Themen sind Gleichstellung, Integrationsbereitschaft, Integrationsrichtung, Leitkultur und natürlich auch Kommunales; denn Integration vollzieht sich auch in den Kommunen.

Gelingende Integration hängt in vielen Bereichen essenziell davon ab, wie schnell erforderliche Maßnahmen entwickelt und ergriffen werden können. Deswegen ist die Konzentration der Enquete-Kommission

auf das Wesentliche aus meiner Sicht sehr wichtig. Es gilt, zügig pragmatische Lösungen zu entwickeln, etwa zu der Frage, wie wir Parallelgesellschaften und Gettobildung vermeiden können; denn diese bilden den Nährboden für die Radikalisierung von Migrantinnen und Migranten. Wohin das führen kann, zeigen die fürchterlichen Terroranschläge, die Frankreich erschüttert haben.

Meine Damen und Herren, es bedarf unserer aller Zusammenarbeit, damit Bayern auch in Zukunft das Land der gelingenden Integration bleibt. Wir haben es in der Vergangenheit sehr gut geschafft, Menschen zu integrieren, und das wollen wir auch weiterhin schaffen. Die Enquete-Kommission "Integration in Bayern aktiv gestalten und Richtung geben" wird hierzu einen erheblichen Beitrag leisten. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen empfiehlt den Einsetzungsantrag auf Drucksache 17/12431 zur unveränderten Annahme. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Dann ist es einstimmig so beschlossen.

(Allgemeiner Beifall)

Nach § 32 unserer Geschäftsordnung wird die Zahl der Mitglieder der Enquete-Kommission vom Landtag festgelegt. Die Zahl der Mitglieder des Landtags muss die Zahl der übrigen Kommissionsmitglieder übersteigen. Es wurde von den Fraktionen vorgeschlagen, die Mitgliederzahl auf insgesamt 19 Mitglieder festzusetzen.

Die Fraktionen haben sich außerdem darauf geeinigt, dass die Enquete-Kommission aus zehn Abgeordneten, für die jeweils eine Stellvertreterin bzw. ein Stellvertreter zu benennen ist, und neun weiteren Mitgliedern bestehen soll. In der Enquete-Kommission ist die Stellvertretung bei den Mitgliedern des Landtags innerhalb der Vertretung der jeweiligen Fraktion unbeschränkt und jederzeit möglich. Im Einzelnen verweise ich hinsichtlich der vorgeschlagenen Mitglieder auf die Drucksache 17/12567. Die Drucksache wurde zu Ihrer Information für Sie aufgelegt.

Ich gehe davon aus, dass wir über die Vorschläge gemeinsam abstimmen können. – Widerspruch erhebt sich nicht. Wer mit der vorgeschlagenen Mitgliederzahl und der vorgesehenen Zusammensetzung der Enquete-Kommission sowie den benannten Mitgliedern einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist es so beschlossen.

Gemäß § 33 der Geschäftsordnung bestellt die Vollversammlung den Vorsitzenden sowie den stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission. Vorsitzender und Stellvertreter müssen jeweils verschiedenen Fraktionen angehören. Als Vorsitzender wurde Herr Kollege Arif Taşdelen und als dessen Stellvertreter Herr Kollege Josef Zellmeier vorgeschlagen. Ich gehe wiederum davon aus, dass über beide Vorschläge gemeinsam abgestimmt werden kann. – Wer mit der Bestellung von Herrn Taşdelen und Herrn Zellmeier einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind wiederum die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist es so beschlossen. Ich gratuliere Ihnen zu Ihrer Bestellung und wünsche Ihnen und der gesamten Kommission viel Erfolg bei dieser verantwortungsvollen Tätigkeit zu einem uns alle betreffenden, bedeutenden gesellschaftspolitischen Thema.

(Allgemeiner Beifall)

Damit ist der Tagesordnungspunkt 2 erledigt und ein wichtiger Schritt zu einer intellektuell sauberen und tiefeschürfenden Erarbeitung des Themas gegangen. Danke schön.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Immissionsschutzgesetzes (Drs. 17/11092) - Zweite Lesung -**

hierzu:

**Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer, Volker Bauer u. a. (CSU) (Drs. 17/11572)**

Eine Aussprache findet hierzu nicht statt. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 17/11092, der Änderungsantrag auf Drucksache 17/11572 und die Be-

schlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz auf Drucksache 17/12561 zugrunde.

Der federführende Ausschuss empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe, dass eine neue Nummer 2 zur Änderung des Artikels 1 eingefügt wird. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen stimmte bei seiner Endberatung der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zu. Ergänzend schlägt er vor, in § 2 als Datum des Inkrafttretens den "1. September 2016" einzufügen. Ich verweise insofern auf die Drucksache 17/12561.

Wer dem Gesetzentwurf mit diesen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist es so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht. Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Herr Kollege Unterländer?

(Joachim Unterländer (CSU): Nein, keine Gegenstimme! – Unruhe)

Keine Gegenstimme, gut. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit ist das Gesetz so angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Bayerischen Immissionsschutzgesetzes".

Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung hat der Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion auf der Drucksache 17/11572 seine Erledigung gefunden. – Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

**Benennung eines Mitglieds für den Kongress der Gemeinden und Regionen Europas beim Europarat (KGRE)**

Der Ministerrat hat in seiner Sitzung – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Der Ministerrat hat in seiner Sitzung am 12. Juli 2016 beschlossen, den Bayern zustehenden Sitz in der kommenden Sitzungsperiode von 2016 bis 2020 dem Landtag anzubieten. Er bittet den Bayerischen Landtag, auch weiterhin die Vertretung des Freistaates Bayern beim Kongress der Gemeinden und Regionen Europas beim Europarat zu übernehmen und hierfür eines seiner Mitglieder als ordentliches Mitglied zu benennen. Für die nächste Sitzungsperiode steht Bayern kein stellvertretendes Mitglied mehr zu. Nach § 48 Absatz 1 Satz 2 der Geschäftsordnung besitzt demnach die CSU-Fraktion das Vorschlagsrecht für dieses Mitglied. Die CSU-Fraktion hat Herrn Kollegen Walter Taubeneder, der bereits für die 10. Mandatsperiode benannt wurde, als Mitglied für die 11. Mandatsperiode vorgeschlagen.

Ich gehe davon aus, dass hierzu keine Aussprache stattfindet, und komme deshalb sofort zur Abstimmung. Wer mit der Benennung des Kollegen Walter Taubeneder als Mitglied des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas beim Europarat einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist das so beschlossen. Damit ist Herr Kollege Taubeneder zum Mitglied des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas beim Europarat benannt worden.

(Beifall bei der CSU)

Herzlichen Glückwunsch, Herr Kollege Taubeneder, und viele Reisen nach Straßburg.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

**Abstimmung über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlage mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Damit wären wir am Ende unserer heutigen Tagesordnung. Ich darf mich bei Ihnen herzlich bedanken und wünsche noch einen angenehmen und erfreulichen Abend im Schloss Schleißheim. Ich schließe die Sitzung.

(Schluss: 15.54 Uhr)



**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Verfassungsstreitigkeit und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 5)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

**Verfassungsstreitigkeit**

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 05. Juli 2016 (Vf. 6-VII-16) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
  1. des § 5 Abs. 1 und des § 10 Abs. 1 der Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserabgabensatzung des Marktes Hirschaid (BGS – WAS) vom 28. Oktober 2015,
  2. des § 5 Abs. 1 und des § 10 Abs. 1 der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung des Marktes Hirschaid (BGS – EWS) vom 28. Oktober 2015

PII/G1310.16-0007

Drs. 17/12552 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

**Der Landtag beteiligt sich nicht an dem Verfahren.**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

**Anträge**

2. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD  
Unterbringung von Asylbewerbern durch die Kommunen  
Drs. 17/10455, 17/12469 (A) [X]

**Antrag der CSU-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:**

**Abweichendes** Votum des **mitberatenden** Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport, **der den Antrag für erledigt erklärt hat.**

3. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD  
Kulturelle Teilhabe für Geflüchtete  
Drs. 17/10862, 17/12580 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD  
Vorbildung für den Einstieg in die vierte Qualifikationsebene des öffentlichen Dienstes  
Drs. 17/10933, 17/12350 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Notunterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen beenden – frei werdende Plätze in Einrichtungen der Jugendhilfe nutzen  
Drs. 17/10991, 17/12472 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Keine Boni für Bahnvorstände bei Unpünktlichkeit  
Drs. 17/10994, 17/12447 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Hilfe zur Selbsthilfe bei der Errichtung von Wohnraum  
Drs. 17/11089, 17/12572 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Fluchtursachen durch faire Löhne bekämpfen: Textilbündnis in Bayern voranbringen!  
Drs. 17/11161, 17/12449 (A)

**Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.**

9. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU  
Flächendeckende Einrichtung von Seniorenvertretungen  
Drs. 17/11209, 17/12473 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Kathi Petersen, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD  
Bayerische Unternehmen bei Auslandsgeschäften zur Achtung der Menschenrechte durch ihre Partner anhalten  
Drs. 17/11212, 17/12450 (A)

**Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.**

11. Antrag der Abgeordneten Kathi Petersen, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD  
Menschenrechtliche Verantwortung von Unternehmen bei Auslandsgeschäften gesetzlich regeln  
Drs. 17/11214, 17/12451 (A)

**Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.**

12. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Kahlhiebe in Bayerns Wäldern verbieten  
Drs. 17/11322, 17/12463 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bestellung von Freizeitverkehren auf der Schiene  
Drs. 17/11329, 17/12452 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Neue Wege bei der Nutzung von Niedermooren  
Drs. 17/11331, 17/12464 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Kathrin Sonnenholzner u.a. und Fraktion (SPD)  
Neue Fälle der Blauzungenkrankheit in Europa – Was unternimmt die Staatsregierung?  
Drs. 17/11428, 17/12433 (E)  
Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Informationskampagne "Lehramt Sonderpädagogik" auf den Weg bringen und Studienkapazitäten im sonderpädagogischen Bereich signifikant erhöhen  
Drs. 17/11437, 17/12581 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Neue Forstschädlinge durch veränderte Klimabedingungen  
Drs. 17/11440, 17/12465 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Verkehrssituation an der B20 in Piding  
Drs. 17/11441, 17/12453 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Linus Förster,  
Susann Biedefeld u.a. SPD  
Seminare in Entwicklungszusammenarbeit jeweils mit konkreten Praxisprojekten  
vor Ort verbinden  
Drs. 17/11449, 17/12574 (A)

**Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.**

20. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Linus Förster,  
Susann Biedefeld u.a. SPD  
Nachhaltige Wasserversorgungsstrukturen in Afrika fördern  
Drs. 17/11488, 17/12575 (E)

**Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.**

21. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Linus Förster,  
Susann Biedefeld u.a. SPD  
Potentiale erkennen – Evaluierungsergebnisse in entwicklungspolitische Berichte  
einbeziehen  
Drs. 17/11489, 17/12576 (E)

**Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.**

22. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld u.a. SPD  
Bevölkerung und Flüchtlinge in Jordanien mit Trinkwasser versorgen  
Drs. 17/11490, 17/12577 (E)

**Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.**

23. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld u.a. SPD  
Ausbildungsprogramme zur Schaffung von Perspektiven für Jugendliche in den Maghreb-Staaten  
Drs. 17/11492, 17/12579 (E)

**Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.**

24. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU  
Lehrerversorgung für das Lehramt an Beruflichen Schulen im MINT-Bereich  
Drs. 17/11493, 17/12457 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Freies Elternwahlrecht beim Übertritt statt verbindlicher Grundschulempfehlung  
Drs. 17/11498, 17/12458 (A)  
Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Ganztagsangebote ausbauen – Klassenmehrungen zulassen  
Drs. 17/11595, 17/12582 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD  
Verlässlicher Vollzug der staatlichen Förderung des Waldumbaus  
Drs. 17/11614, 17/12466 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller,  
Volkmar Halbleib u.a. SPD  
Klage Bayerns beim Bundesverfassungsgericht gegen die  
Länderfinanzausgleichsregelung  
Drs. 17/11620, 17/12538 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert,  
Volkmar Halbleib u.a. SPD  
Bayerisches Landesprogramm "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den  
Bereichen Sport, Jugend und Kultur"  
Drs. 17/11623, 17/12539 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

30. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Errichtung eines neuen Dienstgebäudes für die Landespolizei in Passau  
Drs. 17/11626, 17/12540 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



31. Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer, Eric Beißwenger u.a. CSU  
Fischereiförderung gerecht ausgestalten  
Drs. 17/11726, 17/12467 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU  
Förderung der Bayerisch-Israelischen Bildungskoooperation  
Drs. 17/11727, 17/12460 (E)  
Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Heinrich Rudrof, Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU  
Neue Ansätze in der Medizin  
Drs. 17/11773, 17/12456 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Hightech-Standort Bayern sichern – nationale Lösung für KUKA finden  
Drs. 17/11814, 17/12454 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

35. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Lebensmittelüberwachung – keine Komplettverlagerung an die Bezirksregierungen  
Drs. 17/11817, 17/12434 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

36. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Den Europagedanken stärken! – Wider die EU-Skepsis  
Drs. 17/11818, 17/12459 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

37. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD  
Hochwasser und Sturzfluten in Bayern 2016: Ursachen und Konsequenzen  
Drs. 17/11828, 17/12435 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

38. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u.a. und Fraktion (CSU)  
KUKA-Übernahme kritisch begleiten  
Drs. 17/11831, 17/12455 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

39. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Linus Förster,  
Susann Biedefeld u.a. SPD  
Projekte zur dualen Ausbildung und Ausbildungshäuser in Afrika schaffen  
Drs. 17/11491, 17/12578 (E) [X]

**Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.**